

# Einwohnerrat

## Sitzungsprotokoll vom 12. März 2020

Vorsitz:	Sven Ammann, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	37 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftsperson:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Susanne Buri, Schulpflegepräsidentin
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Monika Kull Ilkay Ergeneli Daniel Zeller
Zeit:	19.30 Uhr bis 22.20 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

---

## Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von Regula Züger Caceres Arroyo (Grüne) anstelle der zurückgetretenen Jasmin Alvarez Arriaga
3. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
4. Schriftliche Anfrage der FDP "Schulraumplanung Oberstufenzentrum Lenzhard"; Beantwortung durch den Stadtrat
5. Motion der FDP, CVP, EVP und BDP "Schulraumplanung mit Tagesschulen in Lenzburg"; Überweisung der Motion
6. Bleiche; Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad, Einbau Räume für Textiles und Technisches Gestalten und für die Tagesstrukturen; Verpflichtungskredit
7. Brunnmattstrasse Mitte, Sanierung, Kreditabrechnung
8. Bösenrain, Sanierung; Kreditabrechnung
9. Umfrage

---

## **V e r h a n d l u n g e n :**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Herzlich Willkommen zur 12. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur. Geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sehen, macht die Prävention gegen das Coronavirus auch vor unserem Rat nicht halt: Ich habe am Dienstag beschlossen, die Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen. Den Satz "Es wird noch schlimmer, bevor es besser werden kann" akzeptiere ich nicht. Wir handeln vorher. Jeder hier im Saal hat sich mit der Annahme der Wahl als Einwohnerrat verpflichtet, an den Sitzungen anwesend zu sein. Als Präsident möchte ich Ihnen eine sichere Plattform für ein sicheres Arbeiten zur Verfügung stellen. Gemäss Verhaltensempfehlungen des Bundes und Kantons ist der Abstand ein wichtiges Kriterium. Unter der Führung von Ratsweibel Marcel Wattering konnten wir den Saal entsprechend grosszügig bestuhlen. Danke Marcel, dein Arbeitstag ist aber noch nicht zu Ende; du betreust uns auch während der ganzen Sitzung. Ich hätte gerne bei meiner Premiere Zuschauer begrüsst. Dank der Presse werden unsere Voten den Weg in die Öffentlichkeit

trotzdem finden. Ich begrüsse vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger, Fritz Thut, und von der Aargauer Zeitung, Anja Suter und Urs Helbling. An meiner linken Seite, wie gewohnt, Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier. Als Auskunftspersonen darf ich Stadtschreiber Christoph Hofstetter und Schulpflegepräsidentin Susanne Buri begrüssen.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

---

## 1 Mitteilungen

### 1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 31. Oktober 2019 wurde Ihnen mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung per Mail zugestellt. Das Protokoll der Schlussitzung vom 6. Dezember 2019 werden Sie morgen per Mail erhalten. Diejenigen, die das Protokoll in Papierform bestellt haben, erhalten dieses noch während der Sitzung.

### 2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 6. Dezember 2019 sind, soweit sie dem fakultativen Referendum unterlagen, am 13. Januar 2020 in Rechtskraft erwachsen.

### 3. Neueingänge

Es liegen folgende Neueingänge vor, welche im Verlaufe der Sitzung verteilt werden:

***Anfrage der CVP-Fraktion vom 12. März 2020 betreffend Gemeinschaftsplatz Jugendliche***

**Anfrage Gemeinschaftsplatz Jugendliche**

*Eine Stadt lebt nicht nur von Vereinen, Veranstaltungen und Shoppinggelegenheiten, sondern auch von alltäglichen Begegnungen im Städtchen. Attraktive öffentliche Aufenthaltsräume können viel zur Lebens- und Standortqualität eines Ortes beitragen. Gerade erst hat etwa die Stadt Baden den Wakkerpreis 2019 hauptsächlich deshalb erhalten, weil sie in «hochwertige öffentliche Freiräume» investiert und so «mehr Lebensqualität für die Bevölkerung» schaffte. Besonders für Jugendliche ist es wichtig, sich ohne Konsumzwang in der Öffentlichkeit aufhalten und begegnen zu können.*

*In Lenzburg kann dagegen eine andere Entwicklung beobachtet werden: Öffentliche Plätze, wie bei der reformierten Kirche oder der Spielplatz beim Bezirksschulhaus, werden geschlossen. Jugendlichen bleibt häufig nur noch die Unterführung Mülimärt als Aufenthaltsraum, deren Sitzgelegenheiten jetzt schon als «Drogenbänkli» verschrien sind.*

*Wir bitten daher den Stadtrat, zu beantworten, was die Strategie der Stadt für die attraktive Entwicklung des Öffentlichen Raumes in Lenzburg für Jugendliche ist und wie diese umgesetzt werden soll.*

*CVP Fraktion des Einwohnerrates Lenzburg  
Bettina Hännly  
Dani Blaser  
Christina Bachmann-Roth*

### **Anfrage der CVP-Fraktion vom 12. März 2020 zu den Klimaauswirkungen in der Stadt Lenzburg**

#### **Anfrage zu den Klimaauswirkungen in der Stadt Lenzburg**

*Der IPCC Report berichtet von signifikanten Klimaauswirkungen und zeigt regionale Reaktionsmöglichkeiten auf. So wirkt sich der Klimawandel sowohl weltweit als auch regional unterschiedlich auf unsere Nahrungssicherheit und auf unser physisches sowie emotionales Wohlergehen aus. Eine zentrale Erklärung für diesen Klimawandel ist der stark steigende CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre, insbesondere als Folge der Nutzung von Öl, Kohle und Gas. Ein weiterer Aspekt ist die Flächenversiegelung von unterschiedlichen Teilen der Welt. So gibt es beispielsweise in städtischen Gebieten immer mehr sogenannte «Betonwüsten». Nach dem IPCC ist eine inklusive Politik, wo Parteien sektorenübergreifend Klimaprobleme angehen, besonders wichtig für einen effektiven Umgang mit den daraus resultierenden Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Nur so können die regional unterschiedlichen Klimaprobleme sinnvoll gelöst werden. Nach Jahrzehnten von regionalen und internationalen Konferenzen und nicht eingehaltenen Versprechen von Politikern aus praktisch allen Ländern der Welt, stehen wir und zukünftige Generationen unter hohem Druck, Lösungen zu finden. Aufgrund dieser Situation bittet die CVP um Antworten auf folgende Fragen:*

1. *Hat die Stadt ein Konzept, wie sie die Bevölkerung bzw. Risikogruppen vor den Klimaveränderungen schützen wird?*
2. *Welches sind die dringlichsten Themen für unsere Stadt: Das Grundwasser, Schattenplätze, CO<sub>2</sub>, autofreie Tage, regionaler Konsum oder andere?*
3. *Wie kann Lenzburg dazu beitragen, CO<sub>2</sub> zu reduzieren?*
4. *Gibt es neben der Energiestadt Lenzburg weitere Massnahmen bzw. eine Gesamtstrategie, wie der erfolgreiche Umgang mit dem Klimawandel zu bewerkstelligen ist?*

*CVP Fraktion des Einwohnerrates Lenzburg*

*Bettina Hänny*

*Dani Blaser*

*Christina Bachmann-Roth*

#### 4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung hat sich Monika Kull entschuldigt. Sie wird demnach an der nächsten Sitzung in Pflicht genommen. Monika Kull ersetzt Martin Geissmann, GLP.

Weiter haben sich entschuldigt: Ilkay Ergeneli und Daniel Zeller.

#### 5. Rücktritt

Mit Mail vom 12. Januar 2020 hat uns **Anja Vögeli Knapp** leider ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende März 2020 mitgeteilt. Sie war vom 1. Januar 2006 bis 31. März 2009 bereits schon einmal im Einwohnerrat. Nach einer fünfjährigen Unterbrechung hat sie sich im Herbst 2013 erneut zur Wahl gestellt und wurde direkt in das Gemeindeparlament gewählt. Anja ist seit mehr als zehn Jahren in der Verkehrskommission tätig. Es erstaunt nicht, dass Anja häufig bei Strassenvorlagen hier im Rat vor das Mikrofon trat und sich vor allem für die Anliegen des Langsamverkehrs und der Anwohner einsetzte. Herzlichen Dank für dein grosses Engagement während den letzten 10 Jahren. Wie Anja Vögeli Knapp in ihrem Rücktrittsmail festhielt, möchte sie die freiwerdende Zeit für ihre gestalterische Tätigkeit verwenden. Wir wünschen ihr dabei viel Spass und Erfolg. Ihren Nachfolger, Fritz Bryner, werden wir an der nächsten Sitzung begrüssen und in Pflicht nehmen.

Mit Mail vom 28. Februar 2020 hat zudem **Jasmin Alvarez Arriaga** ihren Rücktritt per sofort mitgeteilt. Sie hat eine neue berufliche Herausforderung angenommen und befürchtet, nicht mehr genug Zeit für das Einwohnerratsmandat aufbringen zu können. Jasmin Alvarez Arriaga gehörte dem Einwohnerrat seit

1. Juli 2010 an. Sie wirkte in der Begleitkommission Schulbauten- und Bahnhofplatz mit und war seit 1. Januar 2018 auch in der Jugendkommission tätig, die, wie wir wissen, seit 2019 durch die Gesellschaftskommission abgelöst wurde.

Als Präsident bedaure ich diese beiden Rücktritte sehr. Es sind zwei Frauen, welche ich in Lenzburg schon vor meiner Zeit im Einwohnerrat kannte. Nochmals herzlichen Dank für euren Einsatz. [Applaus]

---

## **2 Inpflichtnahme von Regula Züger Caceres Arroyo (Grüne) anstelle der zurückgetretenen Jasmin Alvarez Arriaga**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Für die Inpflichtnahme bitte ich Regula Züger vor den Rat zu treten. Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Vizestadtschreiber Stefan Wiedemeier verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln." Mit den Worten "Ich gelobe es" leistet hierauf Regula Züger Caceres Arroyo ihr Gelübde. [Applaus]

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Regula, herzlich Willkommen im Einwohnerrat. Du wirst viele interessante Zusammenhänge von Lenzburg erfahren und mit Unterstützung deiner Fraktion sicher bald ein aktiver Teil in unserem Rat sein. Vielen Dank.

---

## **3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wir entscheiden heute über sechs Einbürgerungsgesuche.

Sprecherin der Einbürgerungskommission ist Corinne Horisberger (FDP): Für das heutige Votum im Namen der Einbürgerungskommission war ich im Internet auf der Suche, was ein typischer Schweizer ist. Ich bin dabei auf folgendes gestossen:

Der Schweizer ist multilingual. Vier Landessprachen hat unser beschauliches Alpenland. Neben Deutsch und Französisch wird Romanisch und Italienisch gesprochen. Hochdeutsch/Schriftdeutsch wird in der Schule offiziell gelernt und trotzdem versteht der Schweizer einige Begriffe aus dem Hochdeutschen überhaupt nicht. Ausserdem ist Schweizerdeutsch natürlich ein markanter Indikator für seine Herkunft.

Pünktlich wie das Schweizer Uhrwerk: Die bekanntesten Uhrmacher sind auch heute noch in der Schweiz ansässig. TAG Heuer oder Omega sind nur zwei der weltführenden Uhrenhersteller. Bekannt sind vor allem die Schweizer Uhrwerke, welche stets präzise und exakt die genaue Zeit angeben. Auch der Schweizer ist so pünktlich wie die weltbekannten Uhrwerke. Er mag Unpünktlichkeit nicht und ist selber immer vor der vereinbarten Zeit am Ort. Ebenso erwartet er Pünktlichkeit von seinem Gegenüber. Die Schweizer Uhren sind weltweit ein Zeichen für Qualität und Pünktlichkeit.

Der Schweizer liebt ausschliesslich die Schokolade seines Heimatlands: Nichts geht über Schweizer Schokolade. Er schätzt neben anderen Produkten seine Toblerone. Seine Leidenschaft geht aber soweit, dass ein typischer Schweizer keine Schokolade aus einem anderen Land isst, dabei sind doch die Belgier auch recht gut in Sachen Schokolade.

Über die Liebe zur Pünktlichkeit habe ich bereits gesprochen. Wenn aber besonders die öffentlichen Verkehrsmittel in unserem Land einmal wenige Minuten zu spät kommen, ist dies für den sonst so gelassene Schweizer beinahe ein Grund zum Ausrasten.

Der Schweizer spricht nie über Geld. Einen Schweizer auf sein Einkommen anzusprechen, ist beinahe eine Todsünde. Der Schweizer verdient in der Regel ziemlich gut, möchte dies aber für sich behalten. Deshalb lässt er sich kaum in Gespräche über finanzielle Angelegenheiten verwickeln.

Der Schweizer möchte die Welt sehen. Obwohl er nicht über sein Vermögen spricht, kann er sich gut und oft leisten, die Welt zu bereisen. Der Schweizer ist einerseits sehr heimatverbunden und liebt die Schweiz über alles, aber er interessiert sich auch für fremde Kulturen und Länder. Somit kann man kein typisches Reiseziel für die Schweizer nennen. Er ist überall auf der Welt zu finden. Jedoch kommt er am liebsten wieder nach Hause in sein gewohntes Umfeld.

Der Schweizer und sein Käsefondue: Geht es um das Thema Essen, so denkt man zwangsläufig auch an das Käsefondue. Auch wenn die Franzosen nach

wie vor dagegenhalten, der Schweizer beansprucht die Erfindung des Käsefondues für sich. So vielseitig der Schweizer auch ist, so unterschiedlich sind auch die Arten der Zubereitung der liebgewonnenen Speise. Ob mit Kirsch, Emmentaler oder Appenzeller, Fleisch dazu oder nicht, da sind die Schweizer ziemlich eigensinnig. Jedoch so diplomatisch wie sie sind, akzeptieren sie auch die unterschiedlichen Varianten. Hauptsache man versammelt sich pünktlich am Tisch, um sein geliebtes Käsefondue gemeinsam geniessen zu können.

Wenn man Schweizer werden möchte, muss man natürlich nicht all die Stereotypen erfüllen. Man erwartet von den Personen, dass sie in unserem Land integriert sind und am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Die Aufgabe der Einbürgerungskommission ist es, in einem persönlichen Gespräch herauszufinden, ob die Mitmenschen in der Schweiz all diese Voraussetzungen erfüllen. Heute Abend haben wir eine Familie und zwei Schwestern, welche das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg erlangen möchten. Sie sind zwischen 12 und 52 Jahre alt und kommen aus Sri Lanka und Deutschland. Die Einbürgerungskommission durfte diese Menschen kennenlernen und kam zum Schluss, dass sämtliche den roten Schweizerpass verdient haben und empfiehlt Ihnen einstimmig, allen Gesuchstellern das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zuzusichern.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Corinne Horisberger. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann erläutert das weitere Vorgehen.

## **Abstimmungen**

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in Globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 22. Januar 2020 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Bewerbern das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Herzlichen Glückwunsch [Applaus]

---

#### **4 Schriftliche Anfrage der FDP "Schulraumplanung Oberstufenzentrum Lenzhard"; Beantwortung durch den Stadtrat**

Aufgrund des in der Antwort des Stadtrats enthaltenen umfangreichen Zahlenmaterials wird der Text den Ratsmitgliedern ausnahmsweise schriftlich abgegeben. Stadtmann Daniel Mosimann beantwortet die Anfrage mündlich in gekürzter Form. Nachstehend wird die den Ratsmitgliedern abgegebene schriftliche Fassung im Protokoll festgehalten:

##### ***I. Ausgangslage***

*An der Einwohnerratssitzung vom 31. Oktober 2019 reichte die FDP Die Liberalen eine Anfrage zum Thema "Schulraumplanung Oberstufenzentrum Lenzhard" ein. Sie führt dazu einleitend Folgendes aus:*

*"Die «Aufgaben- und Finanzplanung 2020 - 2024» enthält für die nahe Zukunft wesentliche Investitionen für die Schulinfrastruktur. Während für die Primarstufe Raumknappheit identifiziert wurde und entsprechende Investitionen geplant sind, besteht gemäss Finanzplan kein Handlungsbedarf für das Oberstufenzentrum Lenzhard sowie auch für Turnhallen. Dennoch wird angestrebt, dass Möriken-Wildegg auf das Schuljahr 2020/2021 Bezirksschüler aus Rapperswil übernimmt, damit die Bezirksschul-Abteilungen nicht fünffach geführt werden müssen. Des Weiteren soll eine Belegung der Turnhallen am Mittwochnachmittag durch Oberstufenklassen die Belegungskapazität der sechs Turnhallen entspannen. Zudem wird an eine mögliche «Auslagerung» der HPS gedacht, womit das Raumproblem Oberstufe etwas entschärft werden könnte. Die aktuelle Schulraumknappheit auf Stufe Kindergarten und Primarstufe ist insbesondere auf das Bevölkerungswachstum sowie auf die wachsende durchschnittliche Familiengrösse der Bevölkerung der Stadt Lenzburg zurückzuführen. Von 2014 bis 2018 hat die Bevölkerung der Stadt Lenzburg von 8'918 auf 10'570 oder um jährlich 4,3 % zugenommen. Das Bevölkerungswachstum in Lenzburg war um den Faktor 2,4 grösser als der Wachstumsdurchschnitt im Bezirk. (Quelle: Kantonales Departement Finanzen und Ressourcen, Statistik). Dieselbe Stelle sagt für die Periode 2020 - 2030 für den Bezirk Lenzburg ein durchschnittlich jährliches Wachstum um ca. 1,3 % voraus. Aus diesen Zahlen lassen sich nun Szenarien für das Bevölkerungswachstum von Lenzburg errechnen. Im Jahr 2030 wäre dann die Bevölkerungszahl bei gleichem Wachstum wie im Bezirk (1,3 %): ca. 12'500, bzw. bei doppeltem Wachstum (2,6 %): ca. 14'500.*

*Es ist anzunehmen, dass in Zukunft die Zunahme der Lenzburger Bevölkerung nicht mehr um den Faktor 2,4 über dem Bezirksdurchschnitt liegen wird, das doppelte Wachstum dürfte hingegen ein nicht unwahrscheinliches Szenario darstellen. Aus dieser Bevölkerungsentwicklung lässt sich nun die Entwicklung der Schülerzahlen in den Kindergärten und der Primarstufe abschätzen. Für die Sekundarstufe käme noch die Entwicklung in den umliegenden Gemeinden dazu, wobei hier Staufen wie auch*

Rupperswil aufgrund der hohen Bautätigkeit einen nicht unwesentlichen Faktor spielen dürften.

Die FDP stellt folgende Fragen:

1. Besteht ein Arbeitspapier mit der Entwicklung der Schülerzahlen über die nächsten 10 Jahre auf Basis des Wachstums der vergangenen Jahre und des (aktuellen wie prognostizierten) Bevölkerungswachstums für den Kindergarten wie auch die Primär- und Oberstufe?
2. Werden bei der Entwicklung der Schülerzahlen der Sekundarstufe auch die umliegenden Gemeinden berücksichtigt?
3. Ist es möglich, diese Entwicklungsszenarien der Bevölkerung bzw. der Schülerzahlen im Jahresbericht der Stadt Lenzburg auszuweisen?
4. Welche Verträge bestehen mit den umliegenden Gemeinden betreffend Oberstufe?
5. Genügt der vorhandene Schulraum des Oberstufenzentrums Lenzhard für die nächsten 10 Jahre?
6. Als direkte Konsequenz der HPS-Auslagerung würde es dann Raum für diese Schule brauchen. Wo sieht der Stadtrat einen möglichen neuen Standort? Wie gross müsste dieser sein? Durch wen würde die Finanzierung erfolgen?

## II. Beantwortung

Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Besteht ein Arbeitspapier mit der Entwicklung der Schülerzahlen über die nächsten 10 Jahre auf Basis des Wachstums der vergangenen Jahre und des (aktuellen wie prognostizierten) Bevölkerungswachstums für den Kindergarten wie auch die Primär- und Oberstufe?

Es besteht ein Arbeitspapier, das aufgrund der aktuellen Geburtenzahlen in Lenzburg und den umliegenden Gemeinden die Schülerzahlen für die kommenden Jahre ausweist. Seit dem Schuljahr 2018/19 ist der Stichtag 31. Juli im ganzen Kanton umgesetzt. Das bedeutet: Kinder, die bis am 31. Juli vier Jahre alt geworden sind, treten im August in den Kindergarten ein.

### **Lenzburg**

Geburtsjahr	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
Einschulungsjahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Eintritt in OS	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Anzahl Kinder	89	109	130	118	135	118

### **Ammerswil**

Geburtsjahr	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
-------------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Einschulungsjahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Eintritt in OS	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Anzahl Kinder	5	7	6	12	7	5

### **Staufen**

Geburtsjahr	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
Einschulungsjahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Eintritt in OS	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Anzahl Kinder	33	40	50	42	50	49

### **Othmarsingen**

Geburtsjahr	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
Einschulungsjahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Eintritt in OS	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Anzahl Kinder	28	26	41	37	40	41

### **Schafisheim**

Geburtsjahr	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
Einschulungsjahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Eintritt in OS	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Anzahl Kinder	36	37	32	23	24	31
Anteil Bez 38%	14	14	12	9	9	12

### **Ruppertswil**

Geburtsjahr	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19
Einschulungsjahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Eintritt in OS	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Anzahl Kinder	60	64	56	70	69	59
Anteil Bez 38%	23	24	21	27	26	22

Aus den Gemeinden Schafisheim und Ruppertswil werden zudem nur die Bezirksschülerinnen und Bezirksschüler aufgenommen. Auf Grund langjähriger Erfahrungswerte wird die Aufteilung nach Stufen wie folgt veranschlagt:

Bezirksschule	38 %
Sekundarschule	38 %
Realschule	24 %

2. Werden bei der Entwicklung der Schülerzahlen der Sekundarstufe auch die umliegenden Gemeinden berücksichtigt?

Vgl. oben Antwort 1

3. *Ist es möglich, diese Entwicklungsszenarien der Bevölkerung bzw. der Schülerzahlen im Jahresbericht der Stadt Lenzburg auszuweisen?*

*Im Jahresbericht werden die aktuellen Schülerzahlen im Vergleich zu den Vorjahren und die Bevölkerungsentwicklung der letzten 10 Jahre und die Altersstruktur der Lenzburger Bevölkerung ausgewiesen.*

*Nach Meinung des Stadtrats sind Zukunftsprognosen und Entwicklungsszenarien in der Finanz- und Budgetplanung aufzuzeigen.*

4. *Welche Verträge bestehen mit den umliegenden Gemeinden betreffend Oberstufe?*

*Mit folgenden Gemeinden bestehen Verträge:*

- **Ammerswil:** *Gemeindevertrag für die Regionalschule Lenzburg (Lenzburg-Ammerswil)*
- **Othmarsingen** (auf Beginn Schuljahr 2013/14) und **Staufen** (ab 1.1.2018, d.h., mit dem Austritt der Gemeinde Staufen aus der Regionalschule): *Alle Oberstufenschülerinnen und -schüler mit Wohnsitz in Othmarsingen, resp. Staufen besuchen den Unterricht gemäss Übertrittsentscheid der jeweiligen Schulpflege in der entsprechenden Schulstufe der Regionalschule Lenzburg-Ammerswil am Standort Lenzburg. Das Schulgeld wird gemäss kantonaler Schulgeldverordnung berechnet.*
- **Möriken-Wildegg** (auf Beginn Schuljahr 2007/08): *Die Bezirksschulen Lenzburg und Möriken-Wildegg koordinieren die Zuteilung von Schülerinnen und Schüler der ersten Klasse Bezirksschule, um Abteilungen mit der vom Regierungsrat festgelegten Mindestzahl zu erreichen. Die Schulpflegen können weitergehende Formen der Zusammenarbeit zwischen den Bezirksschulen vereinbaren. Die aufnehmende Gemeinde verrechnet der abgebenden Gemeinde pro Schülerin und Schüler jährlich ein Schulgeld gemäss Berechnung der kantonalen Schulgeldverordnung.*
- **Rupperswil und Schafisheim:** *Mit den beiden Gemeinden bestehen keine schriftlichen Verträge. Die Bezirksschülerinnen und -schüler besuchen seit jeher den Unterricht an der Lenzburger Bezirksschule.*

5. *Genügt der vorhandene Schulraum des Oberstufenzentrum Lenzhard für die nächsten 10 Jahre?*

*Es herrschen bereits jetzt sehr enge Platzverhältnisse im Oberstufenzentrum Lenzhard. Wie aus den untenstehenden Tabellen ersichtlich wird, reicht der Schulraum gemäss Prognose bis ins Schuljahr 2027 knapp aus, insbesondere dann, wenn die Kooperation mit Möriken-Wildegg realisiert werden kann und wenn sich die Zuteilungsverhältnisse auf die einzelnen Oberstufenzüge nicht grundlegend verändern. Ab dem Schuljahr 2028 fehlen mehrere Klassenzimmer im Oberstufenzentrum Lenzhard, auch*

unter Berücksichtigung eines jährlichen Bevölkerungswachstums von 2,6 %.

Nicht berücksichtigt sind allfällige Anpassungen im Bereich Tagesstrukturen oder Tagesschule.

Eintritt in Oberstufe (OS)	2020		2021		2022		2023		2024		2025	
	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt
Bez	81	4	97	4	103	5	72	3	96	4	97	4
Sek	57	3	62	3	65	3	61	3	62	3	61	3
Real	43	3	39	2	41	2	38	2	39	2	38	2
<b>Total</b>	<b>181</b>	<b>10</b>	<b>198</b>	<b>9</b>	<b>209</b>	<b>10</b>	<b>171</b>	<b>8</b>	<b>197</b>	<b>9</b>	<b>196</b>	<b>9</b>

Eintritt in OS	2026		2027		2028		2029		2030		2031	
	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt
Bez	96	4	107	5	119	5	115	5	123	5	115	5
Sek	59	3	69	3	86	4	79	4	88	4	81	4
Real	37	2	44	2	54	3	50	3	56	3	51	3
<b>Total</b>	<b>192</b>	<b>9</b>	<b>220</b>	<b>10</b>	<b>259</b>	<b>12</b>	<b>244</b>	<b>12</b>	<b>267</b>	<b>12</b>	<b>247</b>	<b>12</b>

**Einberechnung Bevölkerungswachstum von 2.6%**

Eintritt in OS	2020		2021		2022		2023		2024		2025	
	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt
Bez	83	4	100	4	106	5	74	3	98	4	100	4
Sek	58	3	64	3	67	3	63	3	64	3	63	3
Real	44	3	40	2	42	2	39	2	40	2	39	2
<b>Total</b>	<b>185</b>	<b>10</b>	<b>204</b>	<b>9</b>	<b>215</b>	<b>10</b>	<b>176</b>	<b>8</b>	<b>202</b>	<b>9</b>	<b>202</b>	<b>9</b>

Eintritt in OS	2026		2027		2028		2029		2030		2031	
	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt	Schüler	Abt
Bez	98	4	110	5	122	5	118	5	126	5	118	5
Sek	61	3	71	3	88	4	81	4	90	4	83	4
Real	38	2	45	2	55	3	51	3	57	3	52	3
<b>Total</b>	<b>197</b>	<b>9</b>	<b>226</b>	<b>10</b>	<b>265</b>	<b>12</b>	<b>250</b>	<b>12</b>	<b>273</b>	<b>12</b>	<b>253</b>	<b>12</b>

6. *Als direkte Konsequenz der HPS-Auslagerung würde es dann Raum für diese Schule brauchen. Wo sieht der Stadtrat einen möglichen neuen Standort? Wie gross müsste dieser sein? Durch wen würde die Finanzierung erfolgen?*

*In der Beantwortung der Anfrage der Grünliberalen Partei Stadt Lenzburg betreffend "Schulraumplanung Lenzburg" vom 27. Juni 2019 führte der Stadtrat aus, dass eine Umnutzung der Schulräume der HPS für die Oberstufe und die Standortfrage der HPS geprüft werden müssen. Der Stadtrat hat sich noch keine vertieften Gedanken oder Abklärungen zu dieser Fragestellung gemacht, er ist aber der Meinung, dass das Schulareal Lenzhard als Ganzes betrachtet werden muss, auch unter Einbezug des HPS-Schulhauses. Folgende Fragestellungen sollen geprüft werden:*

- *Reicht der Schulraum der HPS gemäss Bedarfsplanung des BKS, Abteilung Sonderschulen, Heime und Werkstätten (SHW)?*
- *Welcher Sanierungsbedarf besteht beim Schulhaus der HPS?*
- *Bestehen alternative Standorte für die HPS?*
- *Mit welchen Kostenfolgen ist bei einer Umnutzung für die Oberstufe zu rechnen?*
- *Kann das Gebäude der HPS den Raumbedarf der Oberstufe abdecken?*

*Die Finanzierung des Schulraums für die HPS liegt bei der Stadt Lenzburg, die Trägerin der öffentlich-rechtlichen Institution ist. Das Schulhaus gehört der Stadt, Unterhalt bis Fr. 50'000.– sowie Zins/Amortisation werden vom Globalbudget finanziert, grössere bauliche Massnahmen werden von der Stadt mit Auswirkung auf Zins/Amortisation finanziert.*

Ergänzend zu diesen schriftlichen Ausführungen hält Stadtammann Daniel Mosimann fest: Die Schulraumplanung ist ein umfassendes Thema, das uns in den nächsten Jahren sicher noch beschäftigen wird. Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat hier Bericht erstatten und auch Anträge stellen.

In den nächsten Jahren werden wir zudem Klarheit darüber erhalten, wie lange die Dauer bis zur Maturität sein wird. Die vier Jahre Kantonsschule basieren auf einer eidgenössischen Regelung und können nicht reduziert werden. Es kann nur im Bereich Volksschule etwas geändert werden. Wenn der Regierungsrat dieses Thema in Angriff nehmen wird, wird die Dauer der Oberstufe zum Thema, was sich wiederum auf den Schulraumbedarf auswirken wird. Zudem wird es auch Auswirkungen auf einen zukünftigen Mittelschulstandort haben.

Corinne Horisberger (FDP): Vielen Dank für die Beantwortung unserer Anfrage. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir die Entwicklungsszenarien der Bevölkerung bzw. der Schülerinnen und Schüler inskünftig in die Finanz- und Budgetplanung integrieren könnten. Nebst dem bin ich aber entgegen dem Stadtrat der Meinung, dass der Rechenschaftsbericht einigermassen attraktiver und informativer wäre, wenn man nicht nur die Vergangenheit betrachten, sondern auch aktiv in die Zukunft schauen und aufzeigen würde, welche Massnahmen das Wachstum mit sich bringt. Weiter ist es meiner Meinung nach für die Entwicklung des Schulstandorts Lenzburg zentral, dass auch die Bauplanung und die Erweiterung der Schulanlagen mittel- und langfristig auf einem Gesamtplan basieren, der verschiedene Szenarien berücksichtigt. Mir ist bewusst, dass eine solche Planung diverse unbekannte Faktoren beinhaltet: Kommt eine Kantonsschule nach Lenzburg? Wie lange ist die Schulzeit? Wird eine Tagesschule eingeführt? Etc. Genau darum ist es doch so wichtig, dass mittel- bis langfristig beurteilt wird, was dies für bauliche Massnahmen zur Folge hat. Es sind für gewisse Bauvorhaben entsprechende Beträge im Finanzplan eingestellt, aber ein vorausschauendes Strategiepapier bezüglich Schulinfrastruktur existiert meines Wissens nicht oder ist zumindest der Öffentlichkeit nicht bekannt. Aus diesem Grund möchte ich den Stadtrat dazu motivieren, dass er dem Einwohnerrat zukünftige Schulprojekte zusammen mit der strategischen Gesamtplanung präsentiert.

Die Sanierung der Bleiche ist für mich eine sehr kurzfristig geplante Aktion und wirft viele Fragezeichen auf. Umso mehr, wenn es aufgrund der zeitlichen Umsetzung praktisch keine Alternative gibt. Ich erachte es der Bevölkerung, aber auch den Schülern und Lehrern gegenüber als nicht fair, wenn der Schulraum in Lenzburg mit dem Bedarf nicht Schritt halten mag. Unsere Schulen sind die Arbeitsplätze unserer Lehrer. Sind diese nicht attraktiv, verlieren wir in Lenzburg die guten Lehrkräfte, was Folgen für unsere Kinder haben wird und schlussendlich auch für die Ausgaben unserer Stadt im Bereich der Sozialen Dienste. Ich danke dem Stadtrat für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

---

## **5 Motion der FDP, CVP, EVP und BDP "Schulraumplanung mit Tagesschulen in Lenzburg"; Überweisung der Motion**

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Ich übergebe das Wort dem Vertreter der Motionäre, Christoph Nyfeler.

Christoph Nyfeler (FDP): Vision, Wandel, Realität; ohne Vision kein Wandel, ohne Wandel keine neue Realität, ohne neue Realität bleiben wir in der Vergangenheit stecken. Die Motion, die wir am 6. Dezember 2019 eingereicht haben, hat zu vielen Diskussionen Anlass gegeben. Vor allem die relativ sakrosankte Wortwahl, welche wir in Position 1 festgehalten haben. Die Wortwahl basiert auf einer Vision. Ich glaube und ich bin der festen Überzeugung, dass ich für alle Parteien spreche, die hier im Raum sitzen, dass es eine Vision braucht, um wichtige und grosse Themen wie Schulraumplanung, Tagesschulen und Tagesstrukturen für die Zukunft anzugehen. In der Diskussion ging es um die Wortwahl. Wir haben uns auf das Parlamentsgesetz, Art. 120 und folgende, abgestützt, der die Motion definiert, die an eine Exekutive (Stadtrat, Regierungsrat, Bundesrat) überwiesen wird und dieser den Auftrag erteilt, einen sogenannten Erlassentwurf zuhanden des Parlaments zu formulieren. Wir haben die Motion sakrosankt definiert, aber es ist klar, die Ausarbeitung muss, soll und darf in Varianten erfolgen. In der Motion haben wir eine hundertprozentige Lösung vorgeschlagen, weil eine hundertprozentige Lösung visionär ist. Ich halte aber ganz klar fest, dass auch Varianten erarbeitet werden dürfen. Es gilt, die Auswirkungen der verschiedenen Varianten einer Tagesschule zu prüfen. Dabei gibt es drei grosse Fragezeichen: Infrastruktur, finanzielle Auswirkungen und gesellschaftliche Wirkung. Etwas ist wichtig: Es soll keine Lösung für Privilegierte werden. Es soll keine Luxusvariante geben, damit nicht nur diejenigen, die sich sonst auch alles leisten können, sich die Tagesschule leisten können. Lassen Sie uns visionär sein. Ich denke, Lenzburg braucht dies.

Stadtammann Daniel Mosimann: Ich möchte auf die Anfrage der GLP vom 27. Juni 2019 verweisen. Der Stadtrat hat damals bereits ausgeführt, dass vertiefte Überlegungen zur Realisierung der Tagesschule in Lenzburg gemacht werden sollen. Tagesschulen sind ein zukunftssträchtiges Modell, das den Eltern das Organisieren von Beruf und Familie erleichtern soll. Dadurch kann dem Fachkräftemangel entgegengewirkt und gesellschaftlich auch einiges bewegt werden. Der Stadtrat vertritt diese Haltung nach wie vor. Der Stadtrat ist über die ergänzenden Ausführungen und Präzisierung des Motionärs glücklich. Damit kann der Stadtrat eine Überweisung der Motion durch den Einwohnerrat begrüßen. Nach der Überweisung wird er dem Einwohnerrat Bericht erstatten und Antrag zu den räumlichen, schulorganisatorischen und finanziellen Auswirkungen einer Tagesschule stellen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke Daniel Mosimann. Die Diskussion ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen?

Adriano Picco (SVP): Es ist nicht immer einfach, ein Votum zu halten, wenn man eine so strikt gefasste Motion vor sich liegen hat und dann der Motionär mit seinen Ausführungen die Punkte, die wir sehr lange in der Fraktion diskutiert haben, etwas entkräftet. Wir haben uns klar an der strikten Forderung an den Stadtrat gestört. Aus diesem Grunde bin ich selber gespannt, wie wir nachher abstimmen werden. Wenn diese Erläuterungen nicht erfolgt wären, hätte unsererseits die Mehrheit die Motion abgelehnt. Über den Begriff und die Definition der Regelschule wurde auch lange diskutiert. Was ist damit gemeint, was gilt als obligatorisch? Wir werden uns dagegen wehren, dass etwas als obligatorisch definiert wird, das einen Eingriff in die Organisation von Familien oder Partnerschaften bedeutet. D.h., wenn sich eine Familie so organisiert hat, dass sie über Mittag zu Hause isst und bereit ist, zu kochen, um die Betreuung sicherzustellen, dann darf die Schule nicht vorschreiben, dass die Tagesschule besucht werden muss.

Thomas Schär (SP): Ich möchte die Ausführungen meines Vorredners aus Sicht der SP noch erläutern. Werden die Forderungen in der Motion als Vision klar definiert, ist sie aus unserer Sicht so nicht erfüllbar. Sie ist rechtlich nicht durchsetzbar, schwierig zu finanzieren und sicherlich im geplanten Zeitraum nicht umsetzbar. Die Ausführungen resp. mündliche Präzisierung, die von Seiten der Motionäre gemacht wurden, begrüßen wir sehr. Mit dieser Präzisierung können wir die Motion unterstützen. Damit ist es eher möglich, dass Lenzburg tatsächlich eine Tagesschule erhält. Wie erwähnt, die SP ist für Tagesschulen und setzt sich schon seit Jahren kantonale und national dafür ein. Darum ist, losgelöst von dieser eher unglücklich formulierten Motion, für uns am wichtigsten, dass Lenzburg in absehbarer Zeit eine öffentliche (und nicht private) Tagesschule erhält. Nach welchem Konzept muss offenbleiben, damit der Stadtrat evaluieren und Möglichkeiten aufzeigen kann. Das Tagesschulkonzept muss unbedingt umsetzbar und finanzierbar sein. Sonst befürchten wir, dass die Tagesschule bereits im Rat, allenfalls an der Urne oder an den beteiligten Personen scheitert. Dies darf auf keinen Fall eintreten. Wir plädieren nochmals dafür, dass ein durchdachtes, umsetzbares Konzept, welches auch andere Formen der Betreuung zulässt und welches auch schrittweise realisiert werden kann, dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Die Bedürfnisse und auch die rechtlichen Möglichkeiten werden sich in den nächsten Jahren noch verändern. Das Lenzburger Tagesschulkonzept soll die Veränderungen, soweit möglich, bereits aufnehmen und berücksichtigen, dies mit einer zeitlich sinnvollen und realistischen Planung.

Abschliessend bleiben unsererseits zwei Wünsche: Motionen sollen Forderungen enthalten, welche auch umsetzbar sind. Man sollte Forderungen so formulieren, dass der Wille klar ist. Auch wir müssen uns bei dieser Aussage an

der Nase nehmen. Auch wir haben uns nicht immer mit Ruhm bekleckert. Schlussendlich geht es uns darum, dass dies zu einer sorgfältigen und verantwortungsvollen Arbeit im Einwohnerrat gehört. Diese Qualität wollen wir ja alle für unseren Rat. Unser zweiter Wunsch: Von vielen Parteien wurde das Konzept Tagesschule unterstützt, trotz dieser sehr umfassenden Forderung. Diese Unterstützung darf nicht nachlassen, wenn es um die Finanzierung geht, wenn Ressourcen und Räume zur Verfügung gestellt werden müssen. Ein aus unserer Sicht entscheidendes Geschäft dazu steht bereits als nächster Punkt auf unserer Traktandenliste. Da wird sich bereits zeigen, wie weit die Unterstützung für eine Lenzburger Tagesschule tatsächlich reicht. Wir hoffen sehr, dass eine breite Unterstützung der Tageschulbefürworter vorhanden ist. Die SP ist für Tagesschulen, aus diesem Grund unterstützen wir die vorliegende Motion, allerdings nur mit deutlichem Verweis auf die mündlichen Präzisierungen.

Christina Bachmann-Roth (CVP): Ich melde mich im Namen der CVP- und BDP-Fraktion zu Wort. Wir sind gemeinsam mit anderen Parteien Motionär und haben den Antrag mitverfasst. Wir haben bewusst die Maximalvariante gewählt, aber im Gespräch gespürt, dass wir die Vision weiterdenken. Die Maximalvariante steht im Raum, an dieser möchten wir festhalten. Wir erwarten auch, dass der Stadtrat diese Maximalvariante einer bezahlten Tagesschule als Regelschule per 2025/26 prüft. Für die Umsetzung erwarten wir aber auch, dass der Stadtrat verschiedene Varianten aufzeigt, auch die Maximalvariante. Wir haben noch drei mögliche kritische Punkte angeschaut. Unter anderem der Begriff Regelschule, der Irritationen auslösen könnte. Der Begriff Regelschule wird im Schulgesetz nur zum Abgrenzen von der Sonderschule verwendet. Wir verstehen unter der Regelschule die normale Volksschule, da es für Sonderschulen die Tagesstrukturen bereits gibt. Inwiefern Kindergarten oder Oberstufe dazugehören, soll Teil der genauen Analyse sein, welche wir vom Stadtrat erwarten.

Ein zweiter Punkt ist die Finanzierung. Ich bin sehr dankbar für das Statement der SP. Auch wir erwarten, dass wir bei der Finanzierung mithalten, wenn es um die Tagesschulen geht. Wir glauben daran, dass eine Tagesschule für alle zugänglich sein soll. Sofern eine Tagesschule freiwillig bleibt, kann die Stadt über die Tagesschule entscheiden. Dies unter der Voraussetzung, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zustimmen und dass wir eine Bewilligung des Erziehungsdepartements erhalten. Die Kosten der ausserschulischen Betreuung innerhalb der Tagesschule werden gemäss geltendem Schulgesetz (Art. 68a) vom Schulträger (Stadt Lenzburg) und den Eltern getragen. Ist nun die nebenschulische Betreuung – wie in der Maximalvariante vorgesehen – innerhalb der Tagesschule bezahlt, müssen die diesbezüglichen Bestimmungen angepasst werden.

Ist unser Zeitplan zu ambitioniert? Auch dies haben wir vorgängig diskutiert und nochmals thematisiert. Ich denke, der Zeitplan 2025/26 ist ambitioniert. Wir sind der Meinung, dass im nächsten Frühling/Herbst 2021 dem Einwohnerrat eine

Vorlage vorgelegt werden kann. Nach der anschliessenden Volksabstimmung würden immer noch zwei Jahr Zeit bleiben. Macht die Umsetzung der Tagesstrukturen Bauvorhaben notwendig, müssten wir eine Verschiebung im Zeitplan in Betracht ziehen. Dies ist bei vielen politischen Geschäften der Fall. Wir haben eine ambitionierte Vision, die aber nicht völlig unrealistisch ist.

Stefanie Häfeli (EVP): Als Primarlehrerin im zehnten Anstellungsjahr an der Primarschule Lenzburg möchte ich die Diskussion noch mit der pädagogischen Seite ergänzen. Eine Volksschule steht im ständigen Wandel und die Schule ist nicht mehr das, was sie einmal war. Als wir zur Schule gingen (selbst die Jüngsten unter uns), haben wir die Schule noch anders erlebt. Die Grösse der Schule, das Klientel, die pädagogischen Ansichten, das Konzept, die Raumansprüche, zum Teil sogar Schulfächer und vieles mehr haben sich verändert und werden sich auch weiterhin verändern. Die Bildung reagiert auf den gesellschaftlichen Wandel und dies leider sehr oft spät, weil die Mühlen der Bildungspolitik sehr langsam mahlen. Im Alltag als Lehrerin begegne ich vielen Problemen und Nöten, welche auch dadurch entstanden sind. Mein Aufgabengebiet ist längst nicht mehr nur lehren von Schulstoff, sondern Erziehung, Familienarbeit und zum Teil schon beinahe Elternersatz; ich bin Problemlöserin aller Art. Ich beobachte, dass es viele gestresste Kinder gibt, da sie vom einen zum anderen Angebot von Förderprogrammen rennen. Ich beobachte, dass bereits Erstklässler den Tag alleine zu Hause verbringen, dass ältere Primarschüler den Mittag in der Migros mit einem Gipfeli und/oder Weggli oder irgendwo auf dem Schulgelände verbringen. Ich beobachte zunehmend Eltern-taxis, die sich beim Kino Urban oder bei der Abzweigung Angelrainstrasse / Turnerweg stauen. Kinder werden unter anderem auch in die Schule gebracht, weil die Schulwege zum Teil auch sehr lang sind. Z.B. mein Neffe: Er wohnt in der Zelgmatte. Geht er zu Fuss zur Schule, so hat er noch 30 Minuten Mittag.

Wir Menschen sind sehr ritualisierte Wesen. Jeder von uns braucht Rituale, beispielsweise wie wir jeden Tag die Zähne putzen, Kaffee machen oder was wir jeden Morgen machen, wenn wir aufstehen. Es ist immer sehr ähnlich. Kinder lieben Rituale, weil sie wissen, was sie erwartet und sie geben ihnen Sicherheit. Eine Tagesschule könnte den Wochentagen eine gleichmässiger Struktur geben, was natürlich Blockzeiten bereits in einem gewissen Rahmen bieten. Dies würde einer traditionelleren Familie den Alltag erleichtern, ohne dass sie auf ihr Kind verzichten müsste. Eine Tagesschule unterstützt auch die sogenannten überfachlichen Kompetenzen, wie beispielsweise Konfliktlöseverhalten, Selbstständigkeit, Sprachfähigkeit. Dies ist bei Kindern, die die Tagesstrukturen besuchen, bereits zu beobachten.

Tagesschule, dies haben wir bereits auch schon festgestellt, ist ein Begriff, den wir alle wahrscheinlich anders füllen. Sie kann verschiedene Strukturen und Formen haben. Es gibt im In- sowie im Ausland Beispiele dafür. Lenzburg muss daher auch nichts Neues erfinden, aber der Stadtrat muss analysieren und evaluieren, welche Form unserer Stadt am meisten dienen würde. Dies ist das

Ziel dieser Motion. Eine Analyse, was finanziell, personell und schulraum-technisch auf uns zukommen könnte. Fazit für mich ist, es gibt viele Gründe eine Tagesschule in Lenzburg zu haben und es gilt zu prüfen, was möglich ist. Motion bedeutet Bewegung. Was wäre, wenn wir in Bezug auf Tagesschulen eine Vorwärtsbewegung anstreben und Lenzburg tatsächlich eine Vorreiterrolle im Kanton einnehmen könnte?

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Sind weitere Wortmeldungen gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat überweist die Motion der Einwohnerratsfraktionen der FDP, CVP, EVP und BDP vom 6. Dezember 2019 betreffend Schulraumplanung mit Tagesschulen in Lenzburg mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

---

### **6 Bleiche; Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad, Einbau Räume für Textiles und Technisches Gestalten und für die Tagesstrukturen; Verpflichtungskredit**

Sprecher der Kommissionsmehrheit der GPFK ist Remo Keller (SP): Die Bleiche am Aabach wurde von der Stadt Lenzburg und vom Kanton Aargau 1980 gekauft. Dies nicht – wie in der Vorlage geschrieben – weil es sich um einen bedeutenden Bestandteil von "Kleinvenedig" handelt, sondern im Hinblick auf den Bau der Kerntangente. Nach Fertigstellung der Kernumfahrung erhielt die Stadt Lenzburg das Gebäude sowie das umliegende Land, der Kanton übernahm die Strasse. Dies war kein schlechtes Geschäft; aber die Stadt kam wie die Jungfrau zum Kind namens Bleiche. Ein Kind, das man eigentlich nicht wollte, aber plötzlich da war. So behandelte man das Kind auch 40 Jahre lang, man vernachlässigte es. Die Gebäudeteile wurden nicht unterhalten. Es kümmerte sich niemand darum, da man ja keine Verwendung dafür hatte. Seit einigen Jahren ist dem Stadtrat bewusst, dass der Schulraum wieder knapp wird und somit kam das Kind Bleiche ins Spiel. Das Gebäude kann gut für

Schulräume genutzt werden. Es liegt ideal neben dem Schulareal Angelrain. Das erste Projekt hat der Stadtrat am 27. September 2018, gestützt auf die Diskussionen im Einwohnerrat, wieder zurückgezogen. Stadtmann Daniel Mosimann begründete im Namen des Stadtrats den Rückzug wie folgt: *"Wir haben, wie die Fraktionen, die Köpfe zusammengesteckt. Wir spüren für das Wasserrad grundsätzlich eine wohlwollende Haltung, jedoch nicht im jetzigen Moment. Ausschlaggebend ist sicherlich auch das Votum von Vereinspräsident Martin Stücheli, der sagte, dass es möglich und für den Verein auch vertretbar ist, das Wasserrad im Rahmen einer Gesamtbetrachtung des Gebäudes wieder ins Auge zu fassen. Aus diesem Grunde zieht der Stadtrat die Vorlage zurück und wird den Einwohnerrat mit einem Gesamtkonzept in nächster Zeit bedienen. Wir, der Stadtrat, werden auch aufzeigen, wie wir mit den Tagesstrukturen in diesem Gebäude umgehen möchten. Aus diesem Grund ziehen wir zu Gunsten der Gesamtkonzeption die Vorlage zurück."*

Die Vorlage mit der Gesamtkonzeption liegt heute vor uns. Warum anstelle der ursprünglich angedachten Kindergärten nun Fachräume für Textiles und Technisches Gestalten im Gebäude untergebracht werden, ist in der Vorlage erklärt. Auch eine grundsätzlich wohlwollende Haltung gegenüber der Sanierung der Bleiche und des Wasserrads ist in der GPFK nach wie vor vorhanden. Dass das Projekt als solches aber viele offene Fragen hat, hat sich bereits an der Informationsveranstaltung herausgestellt. An der GPFK-Sitzung spürte man, dass offene Punkte/Fragen vorhanden sind. Dieses Traktandum lieferte den grössten Gesprächsstoff und sorgte auch für einen gewissen Unmut. Diese Vorlage für einen Verpflichtungskredit in Höhe von 4,665 Mio. Franken wurde aus Sicht der GPFK mangelhaft vorbereitet. Gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung hätten wir uns mehr gewünscht. Die GPFK kann nicht nachvollziehen, warum der Stadtrat für ein Geschäft mit dieser Komplexität und dieser Grösse nicht zuerst einen Projektierungskredit beantragt. Dieser hätte die Ausarbeitung einer deutlich besseren und insbesondere einer genaueren Einwohnerratsvorlage ermöglicht. Gerade weil der Verpflichtungskredit eine zwingende Volksabstimmung nach sich zieht, wäre dies sehr wünschenswert gewesen. Der Stadtrat argumentiert hier mit Zeitnot. Dieses Argument ist aber für die GPFK nicht stichhaltig. Aus dem vorliegenden Projekt geht hervor, dass bereits im Herbst 2018 klar war, welche Eckwerte das Gesamtprojekt umfassen müsste. Insofern wäre es möglich, zumutbar und auch wünschenswert gewesen, wenn der Stadtrat bereits an der Einwohnerratssitzung vom 6. Dezember 2018 oder aber spätestens am 15. März 2019 einen Projektkredit traktandiert hätte. Die Zeit hätte gereicht, um heute ein besseres Projekt vorliegen zu haben. Corin Ballhaus wird als Sprecherin der Kommissionsminderheit nachfolgend noch detailliert erläutern, welche Vorteile ein detailliertes Vorprojekt aus unserer Sicht gehabt hätte und warum es allenfalls aus heutiger Sicht eine variable Option sein könnte.

Fakt ist aber, dass die vorliegende Kreditvorlage viele Ungewissheiten und Risiken beinhaltet. Bis jetzt wurde – nett ausgedrückt – die in die Jahre gekommene Liegenschaft an sehr exponierter Lage direkt am Wasser weder von einem Bauphysiker noch -statiker genauer begutachtet. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass unvorhergesehene Kosten auf die Stadt

zukommen. Dies bei einer Vorlage, die wir den Stimmberechtigten unterbreiten müssen, was unschön ist. Der Zustand des Fundaments, die Statik im Haus und das genaue Ausmass der Wasserschäden können heute nicht genau abgeschätzt werden. Der Stadtrat konnte nicht aufzeigen, ob im Hinblick auf Lärmimmissionen die geplante Nutzung geeignet ist. Die entsprechenden Abklärungen bezüglich Lärmdämmung zwischen den Stockwerken werden in der Projektierungsphase umgesetzt. Der Zeitplan für das Projekt ist extrem ambitioniert. Die GPFK ist sehr skeptisch, dass die Bleiche im August 2021 dem Schulbetrieb übergeben werden kann. Eine zeitliche Verzögerung würde dazu führen, dass mindestens die Tagesstrukturen temporäre Räumlichkeiten benötigen. Diese Zweifel wurden auch durch den gestern nachgelieferten detaillierten Zeitplan nicht merklich gemindert. Insbesondere, wenn in Betracht gezogen wird, dass dieser der GPFK viel früher in Aussicht gestellt wurde. Die GPFK hat deshalb darüber diskutiert, ob dieses Projekt an den Stadtrat zurückgewiesen werden soll, mit dem Auftrag, ein detailliertes Vorprojekt zu erarbeiten. Der Rückweisungsantrag wurde jedoch von einer Mehrheit der GPFK-Mitglieder nicht befürwortet. Man kann an dieser Vorlage einiges bemängeln und es ist auch leicht, die Vorlage schlecht zu reden. Jedoch ist dies aus Sicht der Kommissionsmehrheit heute nicht zielführend.

Die Aufgabe des Einwohnerrats ist nun, die für Lenzburg beste Lösung zu finden; die beste Lösung für die Schülerinnen und Schüler und die beste Lösung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Diskussion der GPFK hat gezeigt, dass das Gebäude Bleiche saniert werden muss. Auch wenn die Liegenschaft heute nicht unter Denkmalschutz steht, so ist sie aktuell im Bauinventar als schutzwürdig aufgeführt. Selbst wenn es nicht so wäre, könnte man die Liegenschaft nicht einfach abbrechen und etwas Neues planen. Betrachtet man das Grundstück, so hat man auf der einen Seite den Grenzabstand zum Wasser und auf der anderen Seite die Kantonsstrasse (Tunnelwand). Ein Neubau müsste die entsprechenden Bauabstände einhalten, was einen kaum nutzbaren Grundriss ergeben würde. Dass aktuell im Bereich der bestehenden Schulen keine offensichtliche Alternative zur Bleiche besteht, haben die Diskussionen in der GPFK gezeigt. Dass uns grundsätzlich ein gutes Projekt vorliegt und die Nutzung eigentlich nicht bestritten wird, sind wir uns in der GPFK einig. Darauf basierend kommen wir zum Schluss, dass die Nutzung für die Tagesstrukturen und als Werkräume für das Fach Textiles und Technisches Gestalten unbestritten ist. Selbst wenn ein detailliertes Vorprojekt zeigen würde, dass die Sanierung teurer wird, würden wir hier im Rat zum Schluss kommen, dass die Bleiche saniert werden muss. Insofern haben wir praktisch keine andere Alternative. Alternative übrigens im doppelten Sinn. Es gibt offensichtlich keinen alternativen Standort und es gibt keine sinnvolle andere Verwendung für das Gebäude. Aus Sicht einer Mehrheit der GPFK macht es zum heutigen Zeitpunkt keinen Sinn, das Projekt zurückzuweisen, nur mit der Bitte, ein detailliertes Vorprojekt auszuarbeiten. Ja, wir hätten gerne ein Vorprojekt und eine genauere Vorlage gewünscht. Nun noch ein Vorprojekt zu verlangen, würde zu einer massiven Verzögerung führen. Bedenkt man, dass die Inbetriebnahme per August 2021 aus Sicht der Schule wünschenswert ist, wäre aus Sicht der Mehrheit der GPFK eine Verzögerung fatal. Sollte es zu

einer kurzen Verzögerung kommen – was aufgrund der Pläne nicht ausgeschlossen ist – kann man mit moderaten Kostenfolgen 6 bis 12 Monate überbrücken. Wird ein Vorprojekt erstellt, dann sprechen wir schnell von 12, 18 oder 24 Monaten oder noch länger. Diese Verzögerung würde noch grössere Kosten mit sich ziehen. Eine mutmassliche Verzögerung ist wie ein Damoklesschwert, welches mit ziemlicher Sicherheit fallen wird. Die negativen Auswirkungen können wir aus Sicht der Kommissionsmehrheit weder den Schülerinnen und Schülern noch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zumuten.

Ein Vorprojekt dürfte zum heutigen Zeitpunkt nur noch begrenzt etwas ändern. Die Kostengenauigkeit könnte lediglich um 5 von 15 auf 10 % verbessert werden. Bei einer Bausubstanz, welche so alt und so ungewiss ist, kann man nicht voraussagen, dass beim Bau nicht doch noch etwas Unvorhergesehenes zum Vorschein kommt. Die Kommissionsmehrheit ist daher davon überzeugt, dass ein detailliertes Vorprojekt heute nicht mehr sinnvoll ist. Heute macht Sinn, dass wir in den sauren Apfel beißen, allenfalls wieder einmal mit den Zähnen knirschen und dem Projekt zustimmen. Die allfälligen Erkenntnisgewinne aus einem Vorprojekt könnten zusätzliche Verzögerungen in keiner Weise aufwiegen. Es wäre unverhältnismässig und unverantwortlich, jetzt noch ein Vorprojekt zu fordern. Also, Zähne knirschen, Augen zu und durch.

Die GPFK-Mehrheit empfiehlt, dem Verpflichtungskredit von Fr. 4'625'000.– zuzustimmen. Diese Empfehlung ist mit einer klaren Erwartung verbunden. Die GPFK erwartet vom Stadtrat, dass die versprochenen Abklärungen im Rahmen der weiteren Arbeiten sorgfältig durchgeführt werden. Sollte sich zeigen, dass zusätzliche Kosten, Verzögerungen oder andere Überraschungen auftauchen, würden wir gerne unverzüglich informiert werden. Die SP-Fraktion steht auch zum Projekt. Wir werden der Kreditvorlage des Stadtrats zustimmen.

Sprecherin der Kommissionsminderheit der GPFK ist GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Die Mehrheit der GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Antrag des Stadtrats zu folgen. Die Minderheit der GPFK sieht normalerweise keinen Anlass ihre Meinung im Rat zu vertreten. Aber in diesem Fall scheint es uns notwendig. Die erste wichtige Feststellung ist nämlich, die Minderheit sagt nicht nein zu dieser Vorlage. Nein zu dieser Vorlage würde bedeuten, nein zu einer Sanierung der Bleiche zu sagen. Es würde auch bedeuten, dass man gegen die vorgesehene Nutzung der Bleiche opponieren würde. Weder das Eine noch das Andere ist der Fall, im Gegenteil. Die Sanierung der Liegenschaft, welche seit Jahren vor sich hinvegetiert, ist tatsächlich überfällig. Dass sie künftig im Kontext des angrenzenden Schulareals genutzt werden soll, bietet sich an und liegt schon länger auf der Hand. Dass der Stadtrat uns erst jetzt die Gesamtsanierung und Umnutzung der Bleiche vorlegt und dies direkt mit einem Verpflichtungskredit verbindet, warf Fragezeichen auf. Die vielen Fragezeichen waren es auch, welche uns dazu geführt haben, dass wir als Minderheit weder Pro noch Kontra zur Vorlage sagen konnten, sondern uns einfach der Stimme enthielten. Wer sich der Stimme enthält, kann sich nicht

entscheiden. Dies war jedoch bei uns nicht der Fall. Wir können in der Form, wie die Vorlage vorliegt, dazu nicht ja sagen. Nicht ja sagen können wir, weil uns der Stadtrat – einmal mehr – eine Vorlage unterbreitet, in der wesentliche Informationen fehlen. Dies bei einem Geschäft, das der Urnenabstimmung unterliegt.

Wir haben es mit einem zweihundertjährigen Gebäude zu tun, welches direkt an einem Fliessgewässer steht. Für das Gebäude wurden in den letzten vier Jahrzehnten keine nennenswerten Investitionen zum Erhalt der Bausubstanz getätigt. Neu soll es nicht mehr gewerblich, sondern für den Schulbetrieb genutzt werden. Es braucht keine Bauexpertise, sondern vor allem gesunden Menschenverstand, um sich vorstellen zu können, dass bei einem solchen Gebäude entsprechende Herausforderungen bestehen und ausserordentliche Risiken bezüglich Feuchtigkeit und Statik damit verbunden sein könnten. Diese Faktoren könnten die Sanierung zu einem teuren Unterfangen machen. Den Nachweis, ob eine Risikoabwägung stattgefunden hat, was diese allenfalls ergeben hat und in welcher Form die daraus folgenden Massnahmen in die Kalkulation eingeflossen sind, fehlt uns in dieser Vorlage. Dies macht das Geschäft für uns zu einer Blackbox. Wir wissen nicht, ob und welche Risiken die Kalkulation berücksichtigt und ob wir uns so nicht unliebsame Überraschungen einhandeln; mit entsprechenden Bauverzögerungen und Folgekosten. Eine seriöse Risikoabwägung kann nur durch bauphysikalische Abklärungen vorgenommen werden. Eine solche Analyse, die eine Kostenkalkulation und eine realistische Planung ermöglichen würde, ist normalerweise Inhalt eines Vorprojekts. Bei einem Gebäude dieses Alters, in diesem Zustand, an dieser Lage und mit der geplanten neuen Nutzung, wäre ein Vorprojekt mehr als angezeigt gewesen. Dieses – so sind wir nach wie vor überzeugt – hätte von Anfang an grössere Kostenklarheit und Planungssicherheit ergeben. Auch wenn der Projektkredit dadurch unter Umständen noch höher als veranschlagt hätte ausfallen können, wäre das insbesondere gegenüber dem Steuerzahler auch transparenter und nachvollziehbarer.

Hat dies damit zu tun, dass es eilt, da akuter Raumbedarf besteht? Leider führt die Vorlage keinerlei Gründe dafür an. Wieso besteht dieser akute Raumbedarf? Mit dem nächsten Jahrgang muss eine zusätzliche Kindergartenklasse eingeführt werden. Sie soll im Mühlemattschulhaus untergebracht werden. Dies hat wiederum zur Folge, dass dort kein Platz mehr für die Tagesstrukturen besteht und diese neue Räume benötigen. Zusätzlich führt der Lehrplan21 Textiles und Technisches Gestalten neu für alle ersten und zweiten Klassen der Real-, Sekundar- und Bezirksschule als Pflichtfach mit je zwei Lektionen pro Woche ein. Soweit so gut, der Bedarf ist erkannt. Leider macht auch hier die Vorlage keinerlei Aussagen über die erforderliche Kapazität. Wird die Bleiche dem Bedarf gerecht oder wird uns bald wieder neuer Bedarf blühen? Es ist für die Minderheit der GPFK schwer verständlich, warum die Planung nicht früher an die Hand genommen wurde. Die Kinder, die heute die Oberstufe besuchen, wurden nicht erst gestern geboren. Der Lehrplan21 ist auch schon länger bekannt. Warum eine genauere Schulraumplanung nicht möglich ist, ist für mich immer wieder ein grosses Mysterium. Dass nun als Folge die Sanierung der Bleiche rasch vollzogen werden muss, um dem akuten Bedarf gerecht zu

werden, erachte ich als keinen guten Weg. Aus dieser Vorlage lässt sich genau so wenig herauslesen, dass der Bedarf für die Tagesstrukturen akut ist. Wenn nun Provisorien notwendig werden sollten, hat dies für mich nichts mit dem Projekt Bleiche zu tun, sondern ist in erster Linie ein Thema der ganzheitlichen Schulraumplanung, welche auch Optionen für kurzfristig akuten Bedarf vorsehen müsste.

Damit stellt sich auch unweigerlich die Frage, ob die Realisierung in dieser kurzen Frist überhaupt möglich ist, im Wissen, dass

- über die Vorlage am 17. Mai 2020 eine Volksabstimmung stattfindet,
- in letzter Zeit Baugesuche in Lenzburg immer wieder mit Einsprachen konfrontiert waren,
- das Baugesuche vom Kanton genehmigt werden müssen,
- erst jetzt die bauphysikalischen Abklärungen vorgenommen werden,
- aufgrund des Auftragsvolumens die Sanierungsarbeiten öffentlich ausgeschrieben werden müssen,
- erst anschliessend mit den Bauarbeiten gestartet werden kann.

Die Vorlage informiert uns aber weder über den angedachten Bezugstermin noch über den zeitlichen Ablauf der Etappen, welche erforderlich sind und noch weniger darüber, was Plan B ist, wenn diese Planung nicht aufgeht.

Dass uns nun zum dritten Mal innert kurzer Zeit eine Vorlage präsentiert wird, die wesentliche Informationen weglässt und dadurch stundenlange Debatten nach sich zieht, ist Affront genug und trägt definitiv nicht zu einer Vertrauensbildung bei. In diesem Fall hat es für uns viel zu viele Fragezeichen, dass wir in dieser Form als Minderheit der Vorlage nicht zustimmen konnten und uns auch im Interesse unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und auch im Interesse der Sicherheit der künftigen Nutzerinnen und Nutzer der Stimme enthalten.

Daniel Blaser (CVP): Die GPFK-Sprecher haben bereits die wichtigsten Punkte erwähnt. Wir sehen die Dringlichkeit und den Platzbedarf für die Tagesstrukturen. Die Sanierungsarbeiten sind sehr sportlich geplant. Einen genauen Zeitplan, wie das Projekt umsetzbar wäre, haben wir bis zum gestrigen Tag vermisst, was uns das Gefühl vermittelt, dass das Projekt nicht gut genug vorbereitet wurde, damit es auch pünktlich fertiggestellt werden kann. Dazu kommen noch die offenen Risiken, wie Fundament, Erdbebensicherheit und Feuchtigkeit. Punkte, die seit dem Rückzug der ersten Vorlage noch nicht abschliessend geklärt wurden. Auch nach der Informationsveranstaltung bestehen noch einige offene Fragen, die uns den Entscheid zusätzlich erschwert haben.

Z. B. sind Fr. 108'000.– für Umgebungsarbeiten eingestellt, ohne dass die Vorlage dazu detaillierte Angaben enthält. Uns interessiert z.B., wie der Parkplatz und die Zufahrt gestaltet werden. Wir möchten kein Verkehrschaos durch Elterntaxis und keine Teer- noch Betonflächen für Parkplätze. Fr. 108'000.– ergibt bei 230 m<sup>2</sup> Aussenfläche einen stolzen Quadratmeterpreis von Fr. 470.–. Zum Vergleich: Für Umgebungsarbeiten werden in der Regel Fr. 100.– bis Fr. 150.– eingesetzt. Bei einer neuerstellten Tiefgarage kalkuliert man mit Fr. 250.– bis Fr. 280.–. Die bereitgestellte Summe ist somit sehr hoch und es stellt sich die Frage, welche Umgebungsarbeiten genau ausgeführt werden sollen.

Erweiterungsoption für Drittnutzungen im Dachgeschoss, was heisst das? Wenn man das Dachgeschoss für Drittnutzungen anbieten möchte, dann muss unserer Meinung nach eine Grundinstallation vorhanden sein, dass ein Mieterausbau ohne bauliche Nacharbeiten möglich wäre. Davon ist nichts erwähnt. Eine nachträgliche bauliche Anpassung würde wieder viel Geld kosten. Ohne die Grundinstallation wäre die Vermietbarkeit eingeschränkt. Fazit: Auch die zweite Vorlage ist unserer Meinung nach noch mangelhaft und wäre mit einem Vorprojekt und detaillierten Angabe zum Dachgeschoss und zur Umgebung sowie einer höheren Kostengenauigkeit besser angekommen. Der Raum für die Tagesstrukturen wird dringend benötigt und die Zeit für eine Realisierung ist knapp. Die CVP und die BDP-Fraktion möchte, dass die Räume für die Tagesstrukturen ohne Alternativlösung wie geplant in der Bleiche bereitgestellt werden können, die Umgebungsarbeiten mit Bäumen geplant werden und der Parkplatz mit Rasengittersteinen erstellt wird, ohne dass der Verpflichtungskredit überschritten wird.

Rudolf Baumann (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich einstimmig auf eine Rückweisung der Vorlage festgelegt.

**Grund:** Die Qualität der Vorlage ist mangelhaft (es fehlen wesentliche Angaben über den akuten Bedarf, die Hintergründe dafür, die Terminplanung und Zahlen der zukünftigen Nutzung etc.).

Am Info-Abend sind verschiedene Aussagen gemacht worden, die sich widersprochen haben (Abwägung der Risiken am Gebäude, schlechte Bausubstanz, Feuchtigkeit im Gebäude, Einfluss des Fliessgewässers und keine wichtigen Unterhaltarbeiten in den letzten 40 Jahren).

Im Weiteren wird der sehr sportliche Terminplan hinterfragt (auch wenn alles rund läuft, ist die teilweise Fertigstellung auf das Schuljahr 21/22 fast nicht möglich). Bei teilweiser Nutzung des Gebäudes während der Bauzeit muss die Lärmbelastung und die Sicherheit der Benutzer gewährleistet sein. (Auch hier können Mehrkosten entstehen.)

**Mit der Rückweisung verbundene Auflagen:** Ausarbeitung einer neuen Vorlage für ein Vorprojekt mit sauberer Risikoabklärung und realistischer Terminplanung, wie es für Objekte dieser Art/Ausgangslage wichtig wäre.

Es wäre von Vorteil und wünschenswert, wenn dem Einwohnerrat über die weiteren Bauvorhaben im Zusammenhang mit den Schulbauten ein Gesamtplan über die nächsten 5 Jahre unterbreitet würde.

Wir sind uns bewusst, dass die Rückweisung auch Mehrkosten auslösen kann, aber eine Sicherheit bei all den offenen Fragen ist besser vertretbar, als dem Stimmbürger eine schlecht ausgearbeitete Vorlage vorzulegen.

Einwohnerratspräsident Sven Amann: Danke Ruedi Baumann. Es wird nun nur noch über den Rückweisungsantrag diskutiert. Wer wünscht das Wort?

Anja Vögeli Knapp (SP): Der Rückweisungsantrag ist für die SP teilweise nachvollziehbar. Wir haben auch Verständnis für die Argumente betreffend der nicht optimal ausgearbeiteten Vorlage. Es wäre schön, wenn heute bereits ein detailliertes Vorprojekt abgeschlossen wäre und wir basierend darauf eine genauere Vorlage vorliegen hätten. Dies ist aber nicht der Fall. Der Rückweisungsantrag würde zu massiven Verzögerungen führen, dies auf Kosten der Schüler und Steuerzahler. Es scheint fast so, als wolle man ein Exempel statuieren. Durch den Rückweisungsantrag würden wir als Stadt gezwungen, für das Fach Textiles und Technisches Gestalten wie auch für die Tagesstrukturen Provisorien einzurichten. Dies allenfalls nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig. Dies kommt uns massiv teuer zu stehen. Wie sollen wir zum jetzigen Zeitpunkt eine definitive Lösung für die benötigten Schulräume anbieten können? Es würde bedeuten, dass die Stadt für ein paar Jahre Räume mieten oder bestehende Räume umbauen müsste. Wo ist dieser Platz auf die Schnelle zu finden? Wir teilen die von Remo Keller bereits erwähnten Überlegungen, dass ein detailliertes Projekt weder an den Kosten noch am Gesamtprojekt viel ändern wird. Die vorhandenen Risiken und Unklarheiten sind für die SP-Fraktion vertretbar. Die SP ist auch überzeugt, dass der Stadtrat die richtigen Entscheidungen treffen wird, falls während der weiteren Planung Überraschungen auftreten sollten.

Die SP-Fraktion ist vom Projekt Bleiche grundsätzlich überzeugt. Die grossen, hellen Räume, die in unmittelbarer Nähe zum Schulhausareal Angelrain liegen, sind optimal. Für Primarschüler ist die ehemalige Fabrik somit gegeben, für die Oberstufenschüler in Velofahrdistanz erreichbar und dies auf sicherem Schulweg. Durch die Umsiedlung können im Angelrain Räume für stilles Arbeiten freigegeben werden. Die Schüler werden den Geisterort mitten in Lenzburg endlich wiederbeleben. Mit der Sanierung der vor sich hin bröckelnden Bleiche wird das gesamte Kleinvenedig aufgewertet. Die SP-Fraktion wird nicht auf den Rückweisungsantrag eingehen, sondern wir unterstützen die Vorlage des Stadtrats.

François Kuhlen (FDP): Wie man behaupten kann, dass alles massiv teurer wird ohne Evidenz, ist für mich fraglich. Wir haben nicht einmal die Evidenz über die vorliegende Vorlage, was sie tatsächlich kosten wird. Dies als Replik zum Votum von Anja Vögeli Knapp. Uns wird einmal mehr eine qualitativ ungenügende Vorlage unterbreitet. Ich möchte meine Vorredner nicht wiederholen.

Der uns gestern zugestellte Zeitplan wirft Fragen auf, die in der GPFK nicht diskutiert wurden. Wieso wurde uns dieser Zeitplan nicht rascher zugestellt und war er nicht schon in der Aktentasche der Verantwortlichen während der GPFK-Sitzung? Im August 2021 sollen die Räume für die Tagesstrukturen übergeben werden, obwohl die Sanierungsarbeiten dann noch nicht abgeschlossen sind. Wollen wir Tagesstrukturen in einer Baustelle? Wollen wir 50 Kinder in einer Baustelle im ersten Stock herumtoben lassen? Im Übrigen ist es sehr erstaunlich, dass die Zeit von August 2021 bis zur Übergabe des Gebäudes im Plan überhaupt nicht definiert ist. Wieder eine unvollständige Information.

Was mir aber noch mehr zu denken gibt, ist, dass im Plan eine Machbarkeit erwähnt wird. Ist dieses Gebäude für die Tagesstrukturen und TTG tatsächlich geeignet? Wenn ich nun sehe, dass keine bauphysikalischen Abklärungen vorgenommen wurden und ein Holzboden auf einer Holzkonstruktion angedacht ist, ist wahrscheinlich eine Lärmdämmung nicht eine einfache Sache. Eine bauphysikalische Abklärung ist bei einem Haus, das am Wasser steht und bei dem man bereits Feuchtigkeitsschäden von Auge feststellen kann, unumgänglich. In diesem Haus eine Tagesstätte unterzubringen, ohne vorgängig die notwendigen Abklärungen vorgenommen zu haben, erachte ich als fahrlässig.

Ein weiterer Aspekt, welchen wir nicht in der GPFK diskutiert haben, ist der Brandschutz. Das Haus hat eine Holzkonstruktion und Holzträger, die man beibehalten möchte. Wie sieht dies aus Sicht des Brandschutzes aus, wenn 50 Kinder im Haus sind? Dass dies nicht abgeklärt wurde, ist eine grosse Unterlassungssünde. Aus meiner Sicht kann man sogar in Frage stellen, dass das Gebäude sich für die Tagesstätte eignet. Dies muss unbedingt im Vorfeld abgeklärt werden, um nachher entscheiden zu können, ob das Haus für die Tagesstätte geeignet ist oder nicht.

Ein letzter Punkt, über den ich keine Ausführungen in der Vorlage finde, ist die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen, vor allem in einem Haus, welches in und am Wasser steht. Ich gehe davon aus, dass dies in den Umgebungsarbeiten entsprechend berücksichtigt wird. Was mir vor allem missfällt, ist, dass kein ordentliches Verfahren angewendet wurde. Darum stehen wir einmal mehr vor dem Dilemma (dies hat Remo Keller richtig gesagt), dass wir aus formalen, technischen und auch finanziellen Gründen die Vorlage eigentlich zurückweisen müssten. Leider strafen wir – und dies ist das Dilemma – damit wieder die Falschen, nämlich die Lehrer, Schüler und die Schulpflege. Auf der anderen Seite sind wir jetzt in der Situation, dass wir schon die dritte Vorlage haben, bei welcher dies passiert. Wir stehen jedes Mal vor dem Dilemma, dass wir ein Geschäft eigentlich zurückweisen müssten, aber die Zeit drängt und es sind wieder Personen, die benachteiligt werden. Es war mit dem Kunstrasen bei der

Wilmatten dasselbe und es ist/war mit Lenzburg21 der Fall. Die FDP und ich sind der Meinung, dass wir so etwas nicht noch ein weiteres Mal tolerieren dürfen. In diesem Sinne werden wir, die FDP, den Antrag auf Rückweisung unterstützen. Für die Schulraumplanung ist die Exekutive verantwortlich. Ich erachte es als nicht richtig, dass im Prinzip nachher die Verantwortung quasi auf den Einwohnerrat geschoben wird, um den Entscheid über eine Vorlage zu treffen, welche nicht in Ordnung ist.

Beat Hiller (GLP): Ich möchte die Auskunft von Stadtmann Daniel Mosimann relativieren. Beim TTG ist der dringende Bedarf nicht so gross, da dieses Fach in der Oberstufe schleichend eingeführt wird. Dringend ist der Bedarf eigentlich nur bei den Tagesstrukturen. Beim Projekt Bleiche habe ich ein sehr ungutes Gefühl. Auf die Fragen der GPFK erhielten wir keine Antworten und mussten fragende Gesichter bei den zwei verantwortlichen Mitarbeitern der Stadtverwaltung feststellen. Stadtmann Daniel Mosimann versuchte zu argumentieren, aber man spürte: Das Projekt hat nicht die Planungsreife, um es umzusetzen. An der GPFK-Sitzung konnte uns kein Terminplan vorgelegt werden. Wir erhielten diesen erst gestern. Dieser Terminplan weist Fehler auf, die Termine sind unrealistisch. Eine Arbeitsvergabe mit diesen Fristen ist schlicht unmöglich, da die Submissionsverordnung eingehalten werden muss. Ich bin auch der Meinung, dass man zuerst ein Vorprojekt erarbeiten sollte, bevor der Einwohnerrat über das Geschäft entscheiden kann. Das sind wir den Stimmberechtigten schuldig, die über das Projekt auch noch entscheiden müssen.

Prof. Martin Killias (SP): Bisher ist kein Wort über das Baudenkmal Bleiche gefallen. Wir haben hier in Lenzburg eine hochinteressante Industriegeschichte, welche ein paar hundert Jahre zurückgeht. Zu Zeiten von Napoleon Bonaparte war die reformierte Schweiz – wie auch der Aargau – zusammen mit Manchester die meist industrialisierte Gegend in ganz Europa. Es ist ein Teil der Schweizer Geschichte, die wir hier in Lenzburg haben. Die Bleiche ist ein sehr wichtiges Objekt. Wie erwähnt, ist das Abbrechen des Gebäudes kein Thema. Es ist natürlich sehr erfreulich, dass wir alle es so sehen. Das Gebäude ist in einem schlechten Zustand, darf aber nicht zerfallen. Ein Gebäude, das vor drei- vierhundert Jahren solide gebaut wurde, wird baufällig, wenn man es – wie die Bleiche – während 40 Jahren nicht unterhält. Dies wäre in diesem Fall eine nationale Schande.

Wenn man ein Baudenkmal "aufpeppen" möchte, ist dies mit finanziellen Unsicherheiten verbunden. Kein Architekt und kein Unternehmer können hier ein frankengenaueres Budget vorlegen. Es geht nicht nach Normen und es können keine sicheren Budgets wie bei einem Neubau erstellt werden. Ich möchte aber auch erwähnen, dass die Behauptung nicht korrekt ist, dass ein solches Bauvorhaben immer teurer als berechnet wird. Ich habe es schon etliche Male erlebt, dass bei historischen Bauten die Kosten eingehalten

werden konnten. Es bestehen Unsicherheiten, aber ein Planungskredit kann diese auch nicht beseitigen.

Ich möchte auch noch kurz auf das Problem Brandschutz und Wasser eingehen. Es ist ein Holzhaus, das ist korrekt. Man muss aber heute nicht alle alten Holzhäuser wegen des Brandschutzes auf Beton umrüsten. Bei praktisch jedem zweiten Denkmalverfahren wird das Argument Brandschutz angeführt. Auch der Brandschutz unterliegt dem Verhältnismässigkeitsgrundsatz. In der Brandschutznorm ist dies im Detail geregelt. Bei einem solchen Baudenkmal können die Brandschutzauflagen erfüllt werden.

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Aspekt. Die Bleiche war eine Fabrik. Es ist natürlich völlig unrealistisch, ein Textilmuseum daraus zu machen. D.h., man könnte schon, dies wäre aber ein ganz anderes Investment. Wir haben viele historische Gebäude, deren Umnutzung eine Herausforderung ist. Die historische Bausubstanz muss erhalten bleiben und ein neuer Nutzen gefunden werden. Was man hier angedacht hat, erachte ich als ein sehr seltener Glücksfall. Pädagogisch sinnvoll ist es auch, den Kindern zu vermitteln, in was für einem Gebäude sie betreut werden. Ein tolles Projekt. Würde das Projekt scheitern, verbliebe uns die Bleiche als Gebäudehülle, in die wir viel Geld investieren müssten. Aber wir hätten dann nichts davon. Wir müssten einen neuen Verwendungszweck finden und Museen gibt es schon zu viele. Zum Schluss darf ich noch sagen, das Museum Burghalde war keine billige Übung, verglichen mit diesem ist die Bleiche ein "Pappenstiel". Denkt an die Proportionen und denkt auch daran, dass die Nachwelt auch noch irgendetwas des alten Lenzburgs behalten möchte.

Adriano Picco (SVP): Ich möchte es nicht noch in die Länge ziehen, aber das Wort Baudenkmal ist nun doch wiederholt gefallen. Ich möchte denjenigen, die am Infoanlass nicht dabei waren, in Erinnerung rufen, dass uns auf die entsprechende Frage die Antwort gegeben wurde, dass das Gebäude auch abgebrochen werden könnte, da es nicht schützenswert sei. Wenn man uns nun erklärt, dass das Gebäude unter Schutz stehe, stelle ich mir schon gewisse Fragen, was die Qualität dieser Vorlage anbelangt. Der Terminplan, der nur der GPFK zugestellt wurde, kann offenbar auch nicht eingehalten werden. Auch ist die Frage der Schulwegsicherheit noch offen. Aus meiner Sicht ist ganz klar, der Vorlage kann und darf man zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

Stadtrat Martin Steinmann: Es wurden diverse Fragen aufgeworfen, die wir im Vorfeld mit viel Papier teilweise beantwortet haben und teilweise aber nicht so vollständig beantworten konnten, dass alle zufrieden sind. Der Stadtrat hat dieses Vorgehen aus zeitlichen Gründen gewählt. In der GPFK wie auch am Informationsabend wurde erläutert, dass ein Projekt nicht fix fertig vorliegen kann. Nach der Zustimmung des Einwohnerrats und nach der Volksabstimmung werden weitere Planungsphasen folgen. Dann werden auch noch die nötigen Untersuchungen erfolgen, die die Bauphysik und das Fundament betreffen. Das

Gebäude – wie Martin Killias erläuterte – steht bereits seit 300 Jahren auf diesen Quadern und wird auch weitere 200 Jahre dort stehen. Der Bauphasenplan wurde vom Stadtmann erläutert. Es sollte möglich sein, den weiteren Ausbau vorzunehmen, auch wenn bereits die Tagesstrukturen im 1. Stock eingezogen sind. Klar ist, dass der Lift in der Phase 1 eingebaut werden muss, denn alles was in den 1. Stock muss, wird mit dem Lift transportiert. Der Stadtrat hat dieses Verfahren so gewählt, es ist auch zeitlich realisierbar.

Stadtmann Daniel Mosimann: Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, nicht auf den Rückweisungsantrag einzugehen und diese Vorlage anzunehmen. Es ist korrekt, dass es zurzeit noch offene Fragen gibt. Die Vorlage beinhaltet das Projekt und noch kein Ausführungsprojekt. D.h., in dieser Projektphase ist eine Kostenermittlungstoleranz von +/- 15 % üblich und auch richtig. Wir haben gehört, wie wir zu diesem Gebäude kamen. Betreffend "Hauruckübung": Das Gebäude hat schon immer eine Rolle bei Schulraumfragen gespielt. Man hat die Ideen nie zu Ende gedacht, weil die Liegenschaft schlussendlich nie gebraucht wurde. Mit der Konzentration der Primarschule in der Schulanlage Angelrain wurde die Bleiche eine ernsthafte Option zur Erweiterung dieser Schulanlage. Ich habe übrigens bei der Frage nach Schulraum an einer Infoveranstaltung zur Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) schon erwähnt, dass Möglichkeiten bestehen, die Bleiche in die Planung miteinzubeziehen. Der Stadtrat hat an der Sitzung vom 27. September 2018 die Vorlage Wasserrad zurückgezogen. Es wurde vom Einwohnerrat verlangt, dass ein Gesamt-sanierungsprojekt vorgelegt wird und dann seitens Einwohnerrat geprüft werden kann. Dieses Gesamt-sanierungsprojekt liegt nun vor.

Kurzer Rückblick: Der Stadtrat hat aufgrund des Rückzugs eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen. Zudem hat der Stadtrat auch ein Konzept eines Wald- und Bewegungskindergartens in Auftrag gegeben. Dies aus der Überlegung, dass unter Umständen schulraumtechnisch und schulraumplanerisch ein gewisser Spielraum entstehen könnte, wenn nicht Schulraum vor Ort geschaffen werden muss, sondern wenn man im Wald einen Bewegungskindergarten anbieten kann. Dies wurde zusammen mit Schulführung, Schulleitung und Schulpflege geprüft. Aus schulrechtlichen, organisatorischen und finanziellen Gründen wurde dieses Konzept jedoch nicht mehr weiterverfolgt. Die Bleiche wurde dann als Option für einen zukünftigen Kindergarten untersucht. In dieser Phase, im Frühling 2019, wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des neuen Aargauer Lehrplans vom BKS verstärkt. Die Schulleitungen erhielten Unterlagen, wie mit den neuen Fächern und Stundentafeln vernünftig umgegangen werden kann, auch bezüglich dem Fach Textiles und Technisches Gestalten (TTG). Die Einführung des Lehrplans21 und die Handreichungen haben dann von Seiten Schule eine Neubeurteilung der Raumsituation ergeben. Zum einen sah man, dass Möglichkeiten bestehen, die neue Kindergartenabteilung im Schulhaus zu integrieren, zum anderen erkannte man einen gesteigerten Bedarf an Räumen für das Fach TTG. In einer nächsten Phase wurde zusammen mit der Schulleitung und den Lehrpersonen TTG die Machbarkeit des Einbaus von Räumlichkeiten in der Bleiche überprüft, mit dem

Hintergrund – wie Martin Killias bereits erwähnt hat – dass Räume, in denen handwerkliche Arbeiten ausgeübt werden, in den alten Industrieräumen eine gute Sache sind. Mit Gutheissung dieser Variante seitens Schulführung konnte man im November 2019 das vorliegende Projekt ausarbeiten. Das Gesamt-sanierungsprojekt, das vom Einwohnerrat gefordert wurde, liegt nun vor.

Die Notwendigkeit von Schulraum ist erwiesen. Die Auslagerung der Tagesstrukturen aus dem Schulhaus Mühlematt ist aus Sicht Schulführung und Stadtrat notwendig, weil man mit dieser Massnahme 2 ½ Schulzimmer auf Anfang Schuljahr 2021/22 freispielen kann. Die Nähe der Bleiche zur Schulanlage Angelrain führt zu kurzen Wegen für die Schülerinnen und Schüler. Die Räumlichkeiten der Tagesstrukturen sind später auch für eine allfällige Tages-schule nutzbar, sei es für den Mittagstisch, als Betreuungsräume oder die Aufgabenhilfe.

Wir sprechen von einem alten Gebäude, von einer alten, soliden, Industrie-baute. Bis Herbst 2018 wurde in diesem Haus ein Verkaufsgeschäft geführt. Man ging u.a. auch mit Schülern in dieses Haus, um Stoffe auszusuchen. Zudem hat im August 2019 die Vernissage "Zeitsprung Industrie der Industrie-welt Aargau" mit ca. 150 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft in den zukünftigen Räumen der Tagesstrukturen stattgefunden. Hätte man dazumal das Gefühl gehabt, dass es kritisch wäre, dann hätte man die Räumlichkeiten auf keinen Fall für solche Anlässe freigegeben. Der Stadtrat hat sich intensiv mit einer sinnvollen und zielführenden Nutzung dieses Gebäudes auseinandergesetzt. Der Stadtrat hat die Nutzungsvarianten geprüft und kam zum Schluss, das Projekt so dem Einwohnerrat vorzulegen.

Bauarbeiten und Schulbetrieb: Wir haben die Schulanlage Lenzhard Ende der 90er Jahre unter Betrieb umgebaut. Jedes Schulhaus und jeder Pavillon war eine Baustelle. Der Schulbetrieb konnte aufrecht erhalten bleiben. Das ist machbar. Auch im Schulheim Schloss Kasteln (für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche) haben wir Wohn- und Schulräume unter Betrieb umgebaut. In der Schulanlage Angelrain wurde das Schulhaus Mühlematt erstellt und das Schulhaus Bleicherain umgebaut. Auch in dieser Schulanlage fand während der Bauzeit Schulunterricht statt. Aus meiner beruflichen Tätigkeit kann ich Ihnen bestätigen, dass gleichzeitig Bauarbeiten und Schulbetrieb möglich sind.

Stadtrat Andreas Schmid: Ich möchte kurz noch auf einen Punkt eingehen. Beim vorherigen Traktandum hat der Einwohnerrat die Motion zur Prüfung der Tagesschule überwiesen. Das heisst für mich, dass dem Einwohnerrat gute Tagesschulen und Tagesstrukturen wichtig sind. Was geschieht nun, wenn das Projekt zurückgewiesen wird? Es wird so sein, dass der Hauptnutzer des Gebäudes Eigenbedarf anmelden wird und die Tagesstrukturen aus dem Gebäude ausziehen müssen. Somit müsste für die Tagesstrukturen eine Lösung gefunden werden. Diese Lösung habe ich nicht zur Hand. Wo wir die Lösung finden werden, wird sich zeigen. Ein weiterer Punkt, welcher zu bedenken ist: Wir haben ein Kinderbetreuungsreglement, das der Einwohnerrat

genehmigt und verabschiedet hat. Dieses sieht nicht vor, dass wir Tagesstruktur-objekte finanzieren. D.h., dass wir beispielsweise Infrastrukturen günstiger oder kostenlos zur Verfügung stellen. Es muss in Betracht gezogen werden, dass eine Rückweisung und allfällige Provisorien sich auf die Attraktivität unserer Tagesstrukturen auswirken werden. Ich bitte Sie, diese Aspekte bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wird weiter das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat beschliesst mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, die Vorlage Bleiche; Gebäudesanierung, Sanierung Wasserrad, Einbau Räume für Textiles und Technisches Gestalten und für die Tagesstrukturen, an den Stadtrat zurückzuweisen.

Dieser Beschluss ist formeller Natur und unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

---

## **7 Brunnmattstrasse Mitte, Sanierung, Kreditabrechnung**

Sprecher der GPFK ist Daniel Blaser (CVP): Die Kreditabrechnung Brunnmattstrasse Mitte hat beinahe mit einer Punktlandung abgeschlossen, nämlich mit Fr. 326'405.95. Eine Überschreitung von Fr. 1'405.95. Alte Pläne oder überhaupt keine Pläne führen oft zu Überraschungen, was bei der vorliegenden Kreditabrechnung auch der Fall war. Bei den Strassenarbeiten wurde festgestellt, dass die Quelleitung nicht so verläuft, wie man es annahm. Dies führte dazu, dass die Leitungen mit einer GPS-Kamera abgefahren werden mussten, um den genauen Verlauf zu rekonstruieren. Ein Stück der Leitung im Strassenbereich musste neu verlegt werden und in einem Abschnitt war eine Sanierung notwendig.

Aus Sicherheitsgründen wurde der Grünstreifen neben dem Gehweg verlängert. So hat man im Winter die Möglichkeit, Strohballen aufzustellen, damit die Kinder beim Schlitteln nicht auf die Strasse fahren. An dieser Stelle möchten wir uns für die gute Verkehrsführung während der Bauarbeiten und die Rücksichtnahme auf die Fussgänger (vor allem auf die Kinder) bedanken.

Daniel Frey und ich haben die Kreditabrechnung geprüft. Alle Belege waren vorhanden, kontiert und entsprechend visiert. Sämtliche angefallenen Regiearbeiten wurden vorbildlich rapportiert und vom Ingenieurbüro kontrolliert. Wir haben die Abrechnungen des Ingenieurbüros nachgerechnet und einige Rechnungsfehler bei den Honoraransätzen für Nebenkosten festgestellt. Die Abteilung Tiefbau hat – auf unseren Wunsch hin – sämtliche Rechnungen nochmals kontrolliert und eine übersichtliche Liste erstellt, auf welcher ersichtlich ist, welche Rechnung zu welchem Vertrag gehört und was effektiv abgerechnet wurde. Die Stadt Lenzburg hat schlussendlich Fr. 739.60 weniger bezahlt. Die GPFK wünscht sich in Zukunft, dass das Prüfungsteam von den Sachbearbeitern auf einen solchen Sachverhalt hingewiesen wird. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, die Kreditabrechnung Brunnmattstrasse Mitte, schliessend mit Aufwendungen von brutto Fr. 326'405.95 zu genehmigen. Die CVP-Fraktion schliesst sich dieser Empfehlung an.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Daniel Blaser. Wird das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 22. Januar 2020 wird einstimmig

#### b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung der Brunnmattstrasse Mitte, schliessend mit Aufwendungen von brutto Fr. 326'405.95.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 20. April 2020 ab.

---

## **8 Bösenrain, Sanierung; Kreditabrechnung**

Sprecher der GPFK ist Daniel Frey (EVP): Daniel Blaser und ich haben auch die Kreditabrechnung Bösenrain, Sanierung, kontrolliert. Die Zufahrtsstrasse wird erstmals 1881 erwähnt und zeugt von der ersten Industrialisierung in

Lenzburg. Die Strasse in das Industriegelände der "Sauerstoffi" (Messer Schweiz AG) wurde in den letzten Jahren stark strapaziert und bedurfte einer Sanierung. Ebenso musste eine Wasserleitung von der SWL Wasser AG ersetzt werden, damit genügend Wasser für die Sprinkler und Hydranten der Messer Schweiz AG zur Verfügung steht. Die Rechnung mit den Belegen haben wir am 4. März 2020 mit den Herren Brenner und Taubert geprüft. Die Belege stimmen mit den Zahlungen überein. Unsere Fragen wurden von den beiden Mitarbeitern der Abteilung Tiefbau kompetent beantwortet. Die Offerten wurden mit den Vergaben verglichen. Wir haben keine wesentlichen Veränderungen festgestellt. Bei den Regiearbeiten waren die Rapporte vorhanden und konnten nachvollzogen werden. Interessant war der Berechnungsschlüssel des städtischen Tiefbauamts für die Arbeiten. Dieser Kostenanteil zeigt den Aufwand, welcher den entsprechenden Kostenstellen zugewiesen wird. Die Rechnung der Firma IMP (Institut für Materialprüfung, Bauberatung und Analytik) zeigt die vorausschauende Arbeitsweise bezüglich möglicher Stoffe, die kostspielig entsorgt werden müssen. Gegenüber dem Verpflichtungskredit von Fr. 235'000.– schliesst die Rechnung mit Fr. 215'434.35 ab, d.h., mit einer Unterschreitung von Fr. 19'565.65 oder 8,33 %. An dieser Stelle vielen Dank an die beiden Herren für die gute Auskunft. Die GPFK genehmigt die Rechnung einstimmig. Die EVP stimmt der Rechnung auch zu.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Daniel Frey. Wird das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 22. Januar 2020 wird einstimmig

#### b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung für die Sanierung des Bösenrains, schliessend mit Aufwendungen von brutto Fr. 215'434.35.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 20. April 2020 ab.

---

## 9 Umfrage

### **Petition "Mehr Wohnqualität an der Murackerstrasse"**

Stadtrat Martin Stücheli: Am 11. März 2019 haben Anwohner der Murackerstrasse eine von 559 Personen unterzeichnete Petition eingereicht. In dieser wird mehr Wohnqualität an der Murackerstrasse gefordert. Die Fraktionen der SP, BDP, GLP, EVP und Grünen haben am 14. März 2019 eine Motion für mehr Wohnqualität/Stoppt den Lärm und Raserei eingereicht. Für die Motionäre sind denkbare Ansätze Tempo 30, bauliche Massnahmen sowie vermehrte Polizeipräsenz. Der Einwohnerrat hat diese Motion am 23. Mai 2019 als Postulat an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat hat damals bereits erwähnt, dass diese Anliegen sehr ernst genommen werden. Die Abteilung Tiefbau hat bereits am 13. Mai 2019 ein Gutachten mit Massnahmen ausarbeiten lassen. Gestützt auf dieses Gutachten und die durchgeführten Kontrollen wurde eine Temporeduktion auf Tempo 30 als sinnvoll erachtet. Mit dieser Massnahme kann man zugleich auch die Lärmbelastung reduzieren. Die Erfahrungen, die mit Tempo 30 gemacht werden, können anschliessend in die Bahnhofplanung und das Verkehrsregime rund um den Bahnhof einfließen.

Die Murackerstrasse wird von Buslinien befahren und die Firma Schwarz wickelt den Werk- und Kundenverkehr über diese Strasse ab. Aus Rücksicht auf den Schwerverkehr wird auf Schwellen verzichtet. Vorgesehen sind aber Einengungen. Die Massnahmen werden öffentlich ausgeschrieben und nach Ablauf der Einwendungsfrist umgesetzt. Eine ausführlichere Berichterstattung und Beantwortung der Petition und des Postulats werden nach Rechtskraft der Verkehrsanordnung, bzw. nachdem erste Resultate vorliegen, erfolgen. Die Petitionäre wurden bereits über diese Massnahmen orientiert.

Anja Vögeli Knapp (SP): Der Stadtrat hat Wort gehalten, das Anliegen der geplagten Anwohner sehr ernst zu nehmen. Bereits zehn Monate nach der Überweisung des Postulats "Stopp Lärm und Raserei" liegen Pläne für Tempo 30 auf der Murackerstrasse vor. Dank dieser Massnahme kann bei der Tempoüberschreitung viel drastischer gebüsst werden. Was hoffentlich abschreckt, auf das Gaspedal zu drücken und unter Rasern hoffentlich sehr schnell die Runde macht. Die verhältnismässig günstige und sehr einfach umsetzbare Massnahme macht für uns Sinn und wird als Erstmassnahme sehr begrüsst. Von Gesetzes wegen muss zudem überprüft werden, ob die Temporeduktion wirkt. Sollte dies nicht der Fall sein, könnten weitere Schritte eingeleitet werden, damit Lärm und Raserei auf der Murackerstrasse wirklich gestoppt werden.

Vor sechs Jahren, wurde das SP Postulat Tempo 30 rund um den Bahnhof im Einwohnerrat gnadenlos versenkt. Umso erfreulicher hat in so kurzer Zeit ein Umdenken stattgefunden. Wir erhoffen uns dies natürlich auch für andere Anliegen im Lenzburger Strassenraum. Im Namen der SP, BDP, GLP, CVP,

EVP, Grünen sowie von allen Mitunterzeichnenden, wie auch der betroffenen Anwohner und Anwohnerinnen, bedanke ich mich recht herzlich beim Stadtrat, bei der Abteilung Tiefbau und der Repol. Ich hoffe, dass die Umsetzung bereits diesen Frühling erfolgt. Stellvertretend für alle Betroffenen formuliert es ein Anwohner der Murackerstrasse wie folgt: *"Ich bin überrascht und sehr erfreut über das schnelle Handeln der Stadt."*

### **Mündliche Anfrage CVP betreffend Angebot Mittagstisch**

Christina Bachmann-Roth (CVP): Die CVP-Fraktion hat letztes Jahr eine Motion für einen Mittagstisch-Fünflieber eingereicht. Es ging darum, die Tagesstrukturen mit einem Fünflieber für alle Familien zu vergünstigen. Die Motion wurde nicht überwiesen. Stadtrat Andreas Schmid hat aber in Aussicht gestellt, dass er im 1. Quartal 2020 Bericht zur Umsetzung des Kinderbetreuungsgesetzes (KIBEG) erstatten wird. Frage: Wie ist die Analyse ausgefallen und sind allenfalls Massnahmen geplant? Wenn ja, welche?

Stadtrat Andreas Schmid: Ich nehme sehr gerne Stellung und kann informieren, dass eine Arbeitsgruppe KIBEG gebildet wurde. In den regelmässigen Sitzungen dieser Arbeitsgruppe werden die Diskussionen und die Analyse weitergeführt. Im Budget 2019 waren Fr. 585'000.– für die Kinderbetreuung eingestellt. Davon haben wir rund Fr. 270'000.– ausgegeben und liegen somit deutlich unter dem Budget. Da es nicht das Ziel des Stadtrats ist, hier "knausrig" zu sein, ist uns die Anpassung des Systems ein grosses Anliegen. Die Arbeitsgruppe möchte das heutige System jedoch grundsätzlich beibehalten. Vereinfachungen sind jedoch im administrativen Bereich vorgesehen. Weiter möchten wir das Geld so einsetzen, dass wir möglichst viel Wirkung erzielen. Die Auswertung zeigt, dass wir einen relativ grossen Anteil an Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller haben, die nur den Sockelbeitrag von 35 % bezahlen müssen und gleichzeitig Sozialhilfe benötigen. Wenn die Anpassung nach unten vorgenommen wird, wird das Sozialhilfebudget zu Lasten KIBEG-Budget entlastet. Dies ist nicht die primäre Absicht des Stadtrats, die Stossrichtung geht in die andere Richtung. Möglichst viele Elternteile sollen Zugang zu Subventionen erhalten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu vereinfachen. Änderungen sind hier angedacht. Dazu möchte ich aber noch keine Details mitteilen, da der Stadtrat diese Thematik noch nicht besprochen hat. Wir werden jedoch voraussichtlich Anpassungen im Kinderbetreuungsreglement vornehmen, so dass wir dem Einwohnerrat eine Reglementsänderung unterbreiten werden. Das Geschäft wird dem Einwohnerrat im 2. Quartal vorgelegt. Die Änderung des Systems wird auf das Schuljahr 2020/21 umgesetzt.

## Entsorgungskalender

Brigitte Vogel (SVP): Wie wir den Medien entnehmen konnten, hat die Stadt im letzten Herbst viele Bäume gepflanzt. Über die Standorte dieser Bäume waren nicht alle begeistert. Unbestritten ist jedoch, dass Bäume für das Stadtklima gut sind. Die Stadt Lenzburg benötigt auch mehr Bäume. Bisher wurde der Entsorgungskalender auf ein Blatt gedruckt, was einen Papierverbrauch von ca. 30 kg bedeutete. In der Zwischenzeit haben wir eine ausführliche Entsorgungsbroschüre für das Jahr 2020 erhalten mit demselben guten Inhalt. Die gestalterisch aufwendigere Broschüre benötigt ungefähr 400 kg Papier. Dies entspricht ungefähr einer mittleren Tanne von ca. 20 m Höhe. Ich möchte dem Stadtrat mit auf den Weg geben, vor allem auch mit den Diskussionen um das Projekt Lenzburg21, dass der Inhalt manchmal ebenso wichtig ist, wie das Layout.

## Anfrage der CVP zu den Klimaauswirkungen in der Stadt Lenzburg

Christina Bachmann-Roth (CVP): Sie haben die Anfrage vorliegend. Bezüglich Inhalt wird auf den Text der Anfrage unter "Neueingänge" verwiesen.

Die von uns organisierte Debatte zur Klimaveränderung wird wahrscheinlich aufgrund der Coronavirus-Pandemie verschoben. Es geht uns darum, eine parteiübergreifende Debatte zu diesem Thema zu führen, damit wir auch gemeinsam Lösungen finden können. Es würde uns sehr freuen, wenn von allen Parteien Politikerinnen und Politiker vertreten sind und mitdiskutieren. Der Flyer liegt auf und darf gerne mitgenommen werden. Es finden in diesem Jahr drei Politdebatten mit Experten statt. Wir würden uns freuen, mit euch in den Dialog zu treten.

---

## Schlusswort

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: So, ich denke, dass die Diskussion erschöpft ist. Mit "so" beginne ich auch immer den Satz, wenn ich in einem unserer Betriebe nach der letzten Runde zu den Gästen gehe und sie darauf aufmerksam mache, dass wir schliessen müssen. Ich frage sie an den Wochenenden meistens, ob ich ein Taxi anrufen soll oder wie sie nach Hause kommen. An den Wochenenden kommen dann die zwei bekanntesten Fragen der Gäste: "Habe ich überhaupt schon bezahlt? Weisst du, ob ich eine Jacke dabei hatte?" Diese Fragen werde ich hier bestimmt nicht hören. Wir bieten Ihnen weiterhin nur Mineral oder Süssgetränke an. Ab dem heutigen Datum verzichten wir hier im Einwohnerrat auf PET-Flaschen. Eure Arbeit und Präsenz verdient auch einmal etwas Zucker. Die Stadt Lenzburg hat mich bei diesem Anliegen unterstützt. Danke vielmals.

So, meine Damen und Herren, die Sitzung ist geschlossen. [Applaus]

---

NAMENS DES EINWOHNERRATS  
Der Präsident:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

18. Juni 2020

Zustellung an die übrigen Empfänger:

18. Juni 2020